

**Zukunft,
Demokratie,
Miteinander:
Was die deutsche
Gesellschaft
nach einem Jahr
Preiskrise umtreibt**



**More in
Common**

ÜBER MORE IN COMMON

More in Common hat sich als Organisation vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben. Unser Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach unserem Verständnis ist gesellschaftlicher Zusammenhalt weit mehr als ein friedliches und zugewandtes Miteinander. Er ist Vorbedingung für einen zentralen Aspekt lebendiger Demokratie: Streitfähigkeit über alle Unterschiede hinweg. Wir sind eine überparteiliche Organisation, die mit institutionellen Partnern aus ganz unterschiedlichen Bereichen kooperiert. Wir haben **Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich, Polen und Deutschland** und lernen und arbeiten länderübergreifend.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Laura-Kristine Krause
Jérémié Gagné

PROJEKTMITARBEIT

Falco Hüsson
Anna Lob

HINTERGRUND ZUR STUDIE

More in Common untersucht seit 2019 in regelmäßigen Abständen die Dynamik der deutschen Gesellschaft, um frühzeitig Gefahren und Potenziale für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu identifizieren. Mit dieser Studie schreiben wir unsere bereits während der Corona-Pandemie begonnene Forschung zur gesellschaftlichen Dynamik in der Krise fort und schließen inhaltlich an die Serie „Navigieren im Ungewissen“ aus 2022 an. Wir wollten verstehen, wie es den Menschen in Deutschland nach einem Jahr Preiskrise geht und wie sie dabei auf ihre eigenen Aussichten, auf das Gemeinwesen und auf ihre Mitmenschen blicken.

Um Antworten zu finden, haben wir erneut mit dem renommierten Meinungsforschungsinstitut KANTAR Public zusammengearbeitet. Die dieser Studie zugrundeliegende Forschung umfasst eine quantitative Online-Panel-Erhebung von 2.016 Menschen im Mai 2023 sowie sechs qualitative Fokusgruppen mit unterschiedlichen Bevölkerungssegmenten im Juli 2023.

IMPRESSUM

More in Common e. V. ist beim Amtsgericht Charlottenburg registriert (VR 36992 B)
www.moreincommon.de | deutschland@moreincommon.com
Anschrift: More in Common e. V., Gipsstraße 3, 10119 Berlin
Verantwortlich i. S. d. P.: Laura-Kristine Krause, Gründungsgeschäftsführerin

Design und Grafik
TAU GmbH, Berlin

Copyright © August 2023 More in Common

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Was die Krise akut mit uns macht	8
	Persönliche Ebene: Betroffenheit durch die Preiskrise	9
	Gesellschaftliche Ebene: Spaltungs- und Vereinzlungsgefühle	11
	Politische Ebene: Unzufriedenheit mit dem Krisenhandeln	16
	Aufwärtstrend des Rechtspopulismus in dieser Krise	26
3	Was wir über den Zustand unserer gesellschaftlichen Bindekräfte wissen sollten	29
	Gesellschaftliches Vertrauen	30
	Handlungsmacht und Bürgerwirksamkeit	33
	Hoffnung und Zuversicht	34
	Vorläufiges Fazit zur gesellschaftlichen Substanz	38
4	Raus aus dem Krisentunnel: Was wir jetzt im gesellschaftlichen Gespräch brauchen	39

Einleitung



Es ist Mitte 2023 und Deutschland ist im Krisenmodus: Die Preise steigen (weiter), die Konjunktur ist geknickt, und in der Politik wird teils überscharf über den richtigen Kurs gestritten. Parallel dazu klettert die Zustimmung zum Rechtspopulismus auf neue Rekordwerte, zuletzt gewann die AfD in Thüringen und Sachsen-Anhalt öffentlichkeitswirksam Wahlen auf lokaler bzw. regionaler Ebene. Unsere Gesellschaft scheint ein neues Level in einem Stresstest zu erreichen, der allerdings – rechnet man die Pandemie mit – bereits ins vierte Jahr geht.

Nachdem zu Beginn der Corona-Krise in Deutschland – anders als im europäischen Ausland – kurzfristig das gesellschaftliche Vertrauen in Gemeinwesen und Medien sogar gestiegen war, kamen die Menschen am Ende ermüdet aus einer Pandemie, in der sie und die Politik einander viel abverlangt hatten. Entsprechend wünschte sich zu Anfang 2022 eine große Mehrheit der Deutschen (84 Prozent) in erster Linie die persönliche Rückkehr zu einem „normalen Leben“¹ – nur, um kurze Zeit später von Russlands Krieg und massiven Preissteigerungen erschüttert zu werden.

Mit dieser Gemengelage lebt die deutsche Gesellschaft nun seit über einem Jahr und wird es wohl noch auf einige Zeit. Wir wollten deshalb wissen, welche Spuren insbesondere die Preiskrise – auch ohne den von einigen politischen Beobachtern prophezeiten, aber ausgebliebenen „Wutwinter“ – bisher in der deutschen Gesellschaft hinterlassen hat.

Wie wirkt sich die Preiskrise auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus? Wie nehmen die Menschen die Handlungsfähigkeit ihrer Demokratie in Krisen wahr und wie bewerten sie das Miteinander in der deutschen Gesellschaft? Und mit welchen Gefühlen schauen die Deutschen eigentlich in die Zukunft?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, schließen wir an unsere Forschung vom Beginn der Preiskrise im Juli 2022 an, bei der bereits deutliche Abstiegsängste (51 Prozent im Juli 2022) in der deutschen Gesellschaft sichtbar geworden waren. Auch in dieser neuen Studie blicken wir zum Verständnis der gesellschaftlichen Dynamik durch die „Linse“ der 2019 erstmals identifizierten, sechs gesellschaftlichen Typen von More in Common, die sich bei der Offenlegung und Nuancierung gesellschaftlicher Perspektiven innerhalb der Bevölkerung bewährt haben. Mit unserem Forschungspartner KANTAR Public haben wir vom 9. bis 24. Mai 2023 eine Online-Panel-Befragung von 2.016 Menschen durchgeführt, unter Verwendung des leistungsstarken Payback-Panels.² Zudem haben wir Anfang Juli 2023 für die Einordnung der quantitativen Befunde sechs qualitative Fokusgruppen durchgeführt.

In dieser Studie schauen wir auf **drei für den Zusammenhalt zentrale Ebenen: die persönliche, die gesellschaftliche und die politische**. Sie alle prägen das Befinden der Menschen im Land und sind deshalb relevant für den Zusammenhalt. Dementsprechend muss auch unser Handeln in der Krise auf allen diesen drei Ebenen ansetzen: um hierzu die passenden Ansatzpunkte zu finden, legen wir zudem besonderes Augenmerk auf das Verständnis zentraler Bindekräfte unserer Gesellschaft, auf ihren Zustand und ihre konkreten Stärkungsbedarfe.

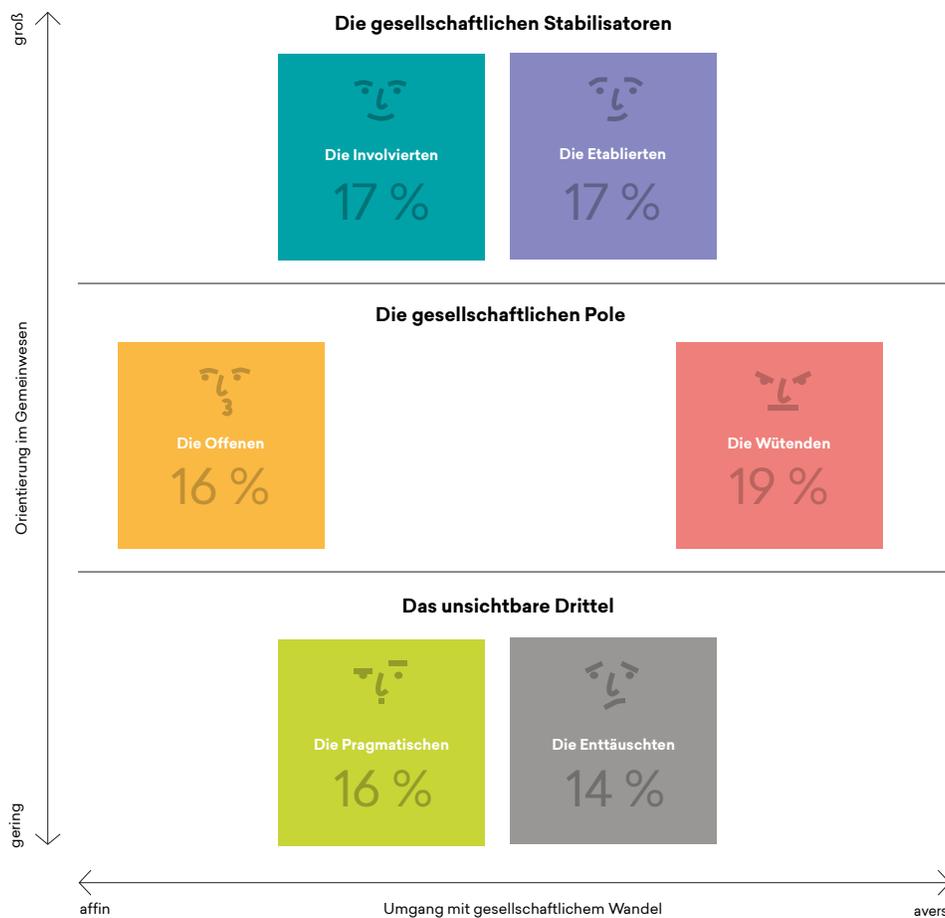
1 Vgl. unsere Veröffentlichung „Was macht die Pandemie mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt?“ aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“ (2022).

2 Die für unsere Befragung gezogene Online-Panel-Stichprobe wurde entlang soziodemografischer Merkmale so quotiert, dass sie die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren möglichst präzise abbildet. Um jegliche diesbezüglichen Abweichungen zu minimieren, wurde der Datensatz nach Befragungsende zudem soziodemografisch gewichtet.

Zugleich versuchen wir mit dieser Studie auch, **(Teil-)Antworten auf die aktuelle Stärke der AfD und ihre damit verbundene Präsenz in der öffentlichen Debatte zu geben.** Wir sehen erneut, dass es der AfD wie kaum einer anderen politischen Kraft gelingt, von gesellschaftlichen Verunsicherungsgefühlen sowie Schwachstellen im Demokratievertrauen zu profitieren. Seit Langem nährt sich die Partei auf diese Weise von in der Bevölkerung teils breit geteilten Problemempfindungen. Wenn nun, wie derzeit, besagte gesellschaftliche Verunsicherung und diverse Bedrohungsgefühle weiter zunehmen, hat sie besonders günstige Voraussetzungen. Das gilt es zu verstehen.

Diese Studie wird viele schwierige Befunde enthalten. Neben der Analyse aktueller gesellschaftlicher Dynamiken bieten wir aber wie immer auch Ableitungen und konkrete Ansatzpunkte für gesellschaftliche Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Medien und Wirtschaft dazu an, was sie selbst konkret tun können, um die aktuelle Krisenlage zu entschärfen und die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu fördern. Das ist uns wichtig. Denn wie wir aus dem aktuellen Stresstest herauskommen, wird wiederum großen Einfluss darauf haben, wie es um unsere zukünftige gesellschaftliche Gestaltungskraft bestellt sein wird.

Diagramm 1 **Dreiteilung der Gesellschaft**



In unserer 2019 veröffentlichten Studie „Die andere deutsche Teilung“ haben wir anhand eines sozialpsychologischen Forschungsansatzes die folgenden sechs gesellschaftlichen Typen innerhalb der Bevölkerung identifiziert, die aufgrund ihrer Werte und Grundüberzeugungen jeweils eine eigene charakteristische Sichtweise auf die Gesellschaft haben:

- **Die Offenen (16 Prozent):** Selbstentfaltung, Weltoffenheit, kritisches Denken
- **Die Involvierten (17 Prozent):** Bürgersinn, Miteinander, Verteidigung von Errungenschaften
- **Die Etablierten (17 Prozent):** Zufriedenheit, Verlässlichkeit, gesellschaftlicher Frieden
- **Die Pragmatischen (16 Prozent):** Erfolg, privates Fortkommen, Kontrolle vor Vertrauen
- **Die Enttäuschten (14 Prozent):** (verlorene) Gemeinschaft, (fehlende) Wertschätzung, Gerechtigkeit
- **Die Wütenden (19 Prozent):** Nationale Ordnung, Systemschelte, Misstrauen

Aus der Dynamik dieser verschiedenen gesellschaftlichen Typen untereinander ergab sich darüber hinaus der Kernbefund einer derzeitigen Dreiteilung der Gesellschaft, die quer zu bis dato diskutierten Trennlinien in der Bevölkerung verläuft:

- Die **gesellschaftlichen Stabilisatoren**, bestehend aus den Etablierten und den Involvierten (insgesamt 34 Prozent). Sie zeichnen sich insbesondere durch große Zufriedenheit, starke gesellschaftliche Einbindung und stabile Vertrauensbezüge aus. Beide Typen verstehen sich in der Regel als gut eingebundene, konstruktive und zuversichtliche Bürgerinnen und Bürger.
- Die **gesellschaftlichen Pole**, bestehend aus den Offenen und den Wütenden (insgesamt 35 Prozent). Sie bilden die Extreme des gesellschaftlichen Diskurses und sind mit ihren Positionen öffentlich überdurchschnittlich präsent. Sie beide sind – aus jeweils konträren Perspektiven – im gesellschaftlichen Gespräch in der Regel durchaus selbstbewusst.
- Das **unsichtbare Drittel**, bestehend aus den Enttäuschten und den Pragmatischen (insgesamt 30 Prozent). Sie sind sowohl menschlich als auch politisch wesentlich schlechter eingebunden und legen ein hohes Maß an gesellschaftlicher Desorientierung an den Tag. Auf diese Weise fliegen sie „unter dem Radar“ der öffentlichen Aufmerksamkeit. Politisch sind sie häufig heimatlos, neigen zur Nichtwahl und Passivität. In ihren Reihen finden sich viele Jüngere und auch viele Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Gesamtstudie ist auf www.dieandereiteilung.de einsehbar. Dort findet sich auch ein Quiz, um herauszufinden, welcher der gesellschaftlichen Typen man ist.

Was die Krise akut mit uns macht



Dass die Inflation und die mit ihr verbundenen Bedrohungsszenarien die Menschen umtreiben, ist an sich keine Neuigkeit. Bereits im letzten Spätsommer hatten wir eindrückliche Befunde ermittelt: Zukunftsängste kamen hoch, das Gerechtigkeitsempfinden litt, der Blick auf die Möglichkeiten des Gemeinwesens war kritisch.³ Allerdings müssen wir nun anhand unserer neuen Befragungsergebnisse feststellen, dass sich die Krisenwahrnehmung seither – und zwar auch nach einem Winter, in der nach der Meinung vieler Beobachter die schlimmsten Szenarien nicht eintraten – an vielen Stellen verhärtet hat. Im Folgenden schlüsseln wir dies entlang des persönlichen, des sozialen und des politischen Ausblicks der Menschen auf.

Persönliche Ebene: Betroffenheit durch die Preiskrise

Beginnen wir bei der persönlichen Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger, wo die Preise für die allermeisten ein zentrales Thema bleiben. Wie im letzten Jahr geben auch heute 99 Prozent der Menschen in Deutschland an, dass sie die steigenden Preise persönlich spüren. Zwar erholt sich mit etwas zeitlichem Abstand zum ersten Preisschock 2022 der Anteil jener, die sich „im Leben gut abgesichert“ fühlen, von sehr niedrigen 42 Prozent wieder auf 51 Prozent. Dennoch fällt das „Spüren“ der Krise für manche wesentlich drastischer aus als für andere – und zwar je nachdem, wieviel grundsätzlich im Geldbeutel ist. Um das zu erkennen, brauchen wir lediglich die Zustimmung zu bestimmten Aussagen nach dem Einkommensniveau auszuwerten:

- Insgesamt bejahen 57 Prozent die Aussage „Ich kann mir wegen der steigenden Preise viele Dinge nicht mehr leisten, die letztes Jahr noch möglich waren.“ In Haushalten mit Nettoeinkommen über 3.500 Euro sagen dies aber lediglich 39 Prozent, während es bei jenen unter 1.500 Euro ganze 87 Prozent sind. Ein enormer Unterschied.
- Der von gewisser Erleichterung zeugenden Aussage „Ich bin finanziell besser durch die letzten Monate gekommen, als zunächst befürchtet“ können 66 Prozent der Menschen aus Haushalten mit höherem Nettoeinkommen zustimmen, aber nur 28 Prozent der Haushalte mit besonders niedrigen Einkommen. Für „Entwarnung“ gibt es bei ihnen keinen Grund.
- Passend dazu fürchten 72 Prozent der Menschen mit ohnehin niedrigem Haushaltseinkommen, weiter „innerhalb der deutschen Gesellschaft abzurutschen“. Bei den Einkommen über 3.500 Euro sind es 33 Prozent. Insgesamt sagen es 49 Prozent – also nach über einem Jahr Anti-Krisenpolitik immer noch fast genauso viele wie 2022 (51 Prozent).

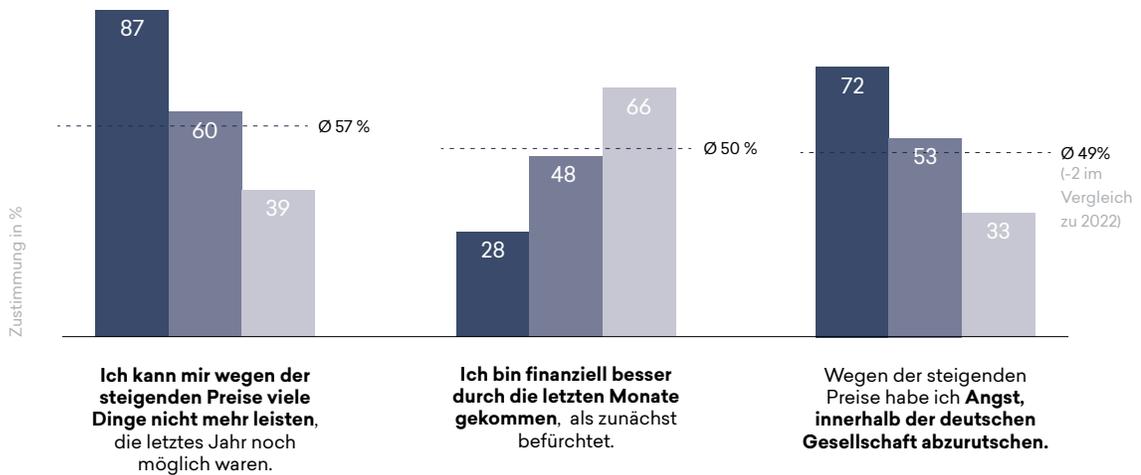
³ Vgl. hierzu unsere Studie „Navigieren im Ungewissen: Zusammenhalt in der Preiskrise“ aus dem September 2022.

Diese massiven Perspektivunterschiede machen deutlich, dass Menschen selbst in einer vermeintlich geteilten Krise sehr unterschiedlichen Situationen und Belastungen gegenüberstehen. Auch in unseren Fokusgruppen kamen diese Abweichungen zwischen eher prekären Existenzen und komfortableren Lebensrealitäten zum Ausdruck: Die einen berichten von persönlichen Problemen, die anderen eher von mittelbaren Risiken und Eindrücken aus dem Umfeld. Es wäre also höchstens die halbe Wahrheit, wenn Vertreterinnen und Vertreter besser abgesicherte Kreise (etwa in den Reihen politischer Entscheidungsträger) die Inflation öffentlich als „nicht so schlimm wie gedacht“ einordnen würden. In jedem Fall ist diese Preiskrise eine massive, reale Belastung und Stressprobe für sehr viele Menschen.

Diagramm 2

Persönliches Erleben der Preiskrise nach Haushaltsnettoeinkommen

● unter 1500 EUR ● 1500 bis unter 3500 EUR ● 3500 Euro und mehr



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Quelle: More in Common (2023)

IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Ich blicke positiv in die Zukunft, bin im Moment heilfroh drum, einen richtig guten Job zu haben, in dem ich gutes Geld verdiene, mein Partner auch. Ich weiß das zu schätzen, also jetzt auch inflationstechnisch, klar, man merkt schon, aber wir können trotzdem supergut leben.“

– Aus der Fokusgruppe der Offenen

„Ich weiß auch aus dem Familien- oder Bekanntenkreis, dass diese Preiserhöhung für viele nicht mehr zu machen ist oder sie sich sagen, ich kaufe mir keine zwei Brote mehr, oder froste eins ein, oder ich kaufe mir zwei Brote, wenn die im Angebot sind.“

– Aus der Fokusgruppe der Involvierten

„Erst hieß es, die Preise gehen runter. Aber die Gastronomie lässt die 6 Euro pro Döner. Für einen Hartz-IV-Empfänger ist das schon ein Hammer, was der da zahlen soll.“

– Aus der Fokusgruppe der Etablierten

„Die Inflation, die trifft uns ja alle, glaube ich. Die Gehälter werden nicht gleich hoch ansteigen, von daher, ja, hat man im Endeffekt weniger Geld übrig, das ist halt das Blöde.“

– Aus der Fokusgruppe der Pragmatischen

„Solche Berufe, die essenziell wichtig sind, Krankenpfleger, Kinderpfleger, Krankenschwester, Altenbetreuer etc., die werden bei uns mit Füßen getreten, die werden nicht unterstützt, die kriegen minimal, überhaupt nichts.“

– Aus der Fokusgruppe der der Enttäuschten

„Man weiß nicht so richtig, wo es alles hin geht, alles wird teurer, alles ein bisschen unsicher, ja. Man hat so das Gefühl, Krieg ist relativ nah, man weiß immer nicht, ob wir da auch mal direkt involviert sind, irgendwie schwierige Situation. Alle sind ein bisschen frustriert um einen herum, bisschen unsicher, keine schöne Zeit irgendwie.“

– Aus der Fokusgruppe der Wütenden

Gesellschaftliche Ebene: Spaltungs- und Vereinzelungsgefühle

Nach der persönlichen Ebene ist zweitens wichtig, was die derzeitige Krisenlage mit unserem Miteinander in der Gesellschaft macht. Auch hier zeigt sich leider, dass der Zusammenhalt belastet ist, und dies, nachdem er bereits geschwächt aus der Corona-Pandemie kam, die zum Ende hin mit Spaltungsdynamiken rund um das Impfen und einer verbreiteten Egoismus-Diagnose im Zwischenmenschlichen einherging.⁴

So empfinden derzeit 60 Prozent der Menschen die deutsche Gesellschaft als eher gespalten, und nur zwölf Prozent sehen sie eher geeint. Das stellt eine deutliche Anspannung der Lage im Vergleich zur Situation ein Jahr zuvor dar: Damals nahm gefühlt die Corona-bedingte Spaltung mit dem Frühling ab, „nur“ 40 Prozent sahen die Gesellschaft als gespalten. **„Gespalten“ ist mittlerweile sogar die Eigenschaft, an die Menschen im Schnitt am häufigsten denken, wenn sie Deutschland in unserer Befragung beschreiben sollen** (54 Prozent).

⁴ Vgl. unsere Publikation „Was macht die Pandemie mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt?“ aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“ (2022).

Diagramm 3

Deutschland wird primär als gespalten wahrgenommen

	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden	Vgl. Rangordnung 2022 (Auswahl)
Gespalten	54	48	55	46	53	55	62	↗
Bürokratisch	52	56	62	56	45	50	43	↘
Unfähig	22	15	9	9	22	30	39	↗
Demokratisch	22	29	35	38	21	12	9	↘
Naiv	22	20	17	6	20	27	31	↘
Ungerecht	21	17	11	11	21	30	26	
Unsolidarisch	19	18	19	15	12	20	23	
Rückständig	18	20	14	11	17	25	17	
Europäisch	14	16	20	30	14	10	7	
Korrupt	13	9	6	7	8	17	26	
Traditionell	11	14	17	17	10	8	5	
Verantwortungsbewusst	11	13	12	17	13	7	7	
Rassistisch	11	10	13	14	7	12	9	
Weltoffen	10	11	15	17	7	8	3	
Umweltfreundlich	8	7	8	17	7	8	7	
Sicher	7	13	9	9	11	2	2	
Modern	7	10	8	7	5	3	6	
Unfrei	5	4	1	0	5	8	9	
Erfolgreich	5	7	7	10	7	2	2	
Gerecht	4	4	2	4	6	4	5	
Unabhängig	3	4	3	3	2	3	4	
Patriotisch	1	0	2	0	2	1	1	
Keine der Genannten	1	1	0	1	2	1	0	

Angaben in %

Denken Sie an die deutsche Gesellschaft, wie sie heute ist. Mit welchen Eigenschaften würden Sie sie beschreiben? Bitte wählen Sie bis zu vier Eigenschaften aus.
 Quelle: More in Common (2023)

Es gibt mehr als eine Spaltungslinie

Fragt man die Bürgerinnen und Bürger genauer danach, entlang welcher Trennlinien sie das Land am ehesten als gespalten wahrnehmen, **dominiert klar die Arm-Reich-Schere**. Mit 64 Prozent liegt sie zudem bei allen gesellschaftlichen Typen ganz oben, was unterstreicht, dass dies ein Thema ist, das große Teile unserer Gesellschaft beschäftigt.

Allerdings sollte angesichts der hitzigen Debatte rund um die Klimaproteste der letzten Monate auch **die mit 43 Prozent häufig empfundene Spaltung zwischen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen zum Klimaschutz aufhorchen lassen** (auf Anhieb zweiter Rang, neu eingeführte Antwortoption): Hier besteht akute Verwerfungsgefahr – und das, obwohl das Thema Klimaschutz mittlerweile in der Sache (!) ein enorm verbindendes Potenzial haben könnte.⁵ Offenbar gelang es zuletzt nicht im Ansatz, daraus ein kollektives Gewinnerthema zu machen; stattdessen überwogen in der öffentlichen Debatte trennende Motive, das habituelle „Spielen auf Sieg“ gegen die Gegenseite, und ein verschärftes Freund-Feind-Denken entlang fragwürdiger Trennlinien.

Diagramm 4

Arm-Reich-Schere als stärkstes Spaltungsmotiv Derzeit am stärksten gespalten...

	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden
Zwischen Arm und Reich	64	62	64	67	65	69	60
Zwischen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen zum Klimaschutz	43	46	46	39	35	42	42
Zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte	42	40	45	43	31	44	44
Zwischen links und rechts	27	32	30	25	30	20	28
Zwischen Gegnern und Bewürtern der derzeitigen Ukraine-Politik	22	18	20	26	16	25	28
Zwischen Ost und West	20	16	23	21	15	23	21
Zwischen Jung und Alt	13	16	10	11	14	12	12
Zwischen Geimpften und Ungeimpften	12	10	8	12	12	12	18
Zwischen Menschen in Großstädten und Menschen auf dem Land	11	11	11	8	15	11	13
Zwischen Hochschulabsolventen und Nicht-Absolventen	5	4	4	4	9	5	5
Zwischen Mann und Frau	4	4	3	2	9	5	3
Wir sind nicht gespalten	1	2	2	1	2	0	1

Angaben in %

In welcher Hinsicht ist unsere Gesellschaft heutzutage am stärksten gespalten?
Wählen Sie drei Optionen aus.
Quelle: More in Common (2023)

⁵ Vgl. unsere Publikation „Was macht die Pandemie mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt?“ aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“ (2022).

Zudem noch ein aufschlussreicher Blick auf die **derzeit drittstärkste Spaltungslinie, nämlich jene zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte** (42 Prozent): Sehr auffällig ist, dass diese (mit Ausnahme der Pragmatischen) von allen Typen als etwa gleich relevant genannt wird – und dies unabhängig von der ideellen Stoßrichtung progressiverer (z.B. die Offenen) oder eindeutig nationalistischer (v.a. die Wütenden) Typen. Offenbar sehen derzeit alle Seiten, aus ihrer jeweils eigenen Perspektive, diese Trennlinie als besonders wirkmächtig. Deutschlands Realität als Einwanderungsland braucht offensichtlich noch Gestaltung. Und wir sehen insgesamt auch: **Spaltungsdynamiken in Deutschland können sehr vieldimensional sein.**

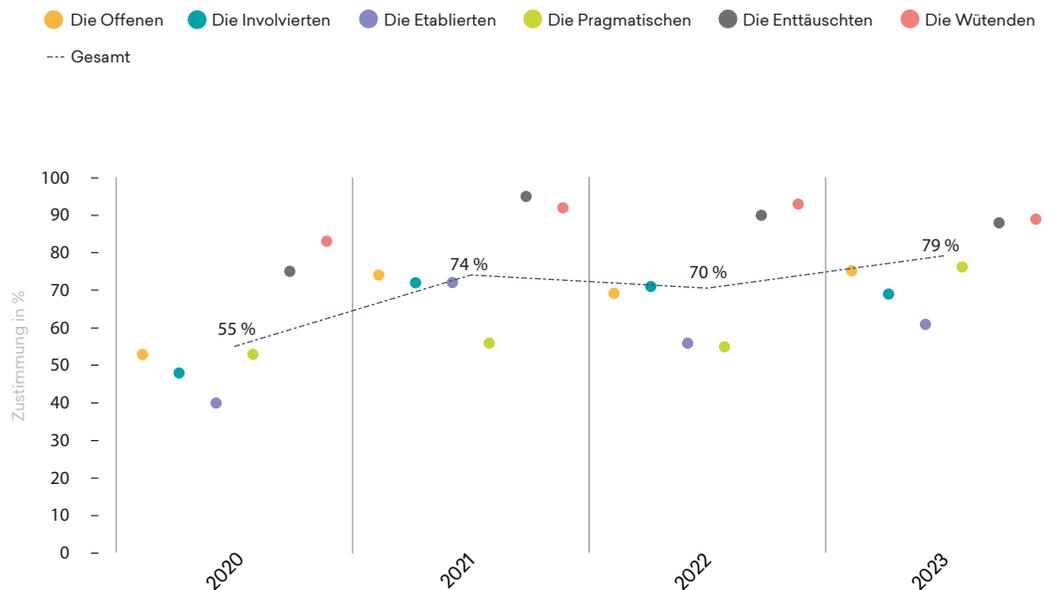
Gesellschaftliche Vereinzelung nimmt zu

Für das Miteinander ist allerdings die Spaltung entlang großer Trennlinien nicht das einzige Risiko. Genauso relevant erscheint die Gefahr gefühlter Vereinzelung: **Im Mai 2023 stimmen 79 Prozent der Befragten eher der Aussage zu, dass sich in Deutschland jeder um sich selbst kümmere, der höchste bisher von uns gemessene Wert.** Lediglich 21 Prozent neigen im Vergleich eher zur Aussage, dass sich die Menschen umeinander kümmern. Dieses Zahlenverhältnis stellt eine weitere Verschlechterung im Vergleich zur Corona-Pandemie dar, die mit einem sozialen „Honeymoon“ gestartet war und mit weitgehendem Zynismus gegenüber den Mitmenschen geendet hatte. Zumindest im anonymen gesellschaftlichen Maßstab erscheint vielen das Verhältnis zu ihren Mitmenschen eher von Gleichgültigkeit geprägt und ergo wenig belastbar. Unsere Fokusgruppen validierten diesen Befund: außerhalb des eigenen Umfelds glaubt man nicht recht an das Miteinander.

Diagramm 5

Egoismus-Diagnosen verfestigen sich

Zustimmung zur Aussage „Jeder kümmert sich um sich selbst.“



Wenn Sie an das Leben in Deutschland heutzutage denken, welcher Aussage stimmen Sie eher zu?
Gegenstatement: "Wir kümmern uns umeinander."
Quelle: More in Common (2023)

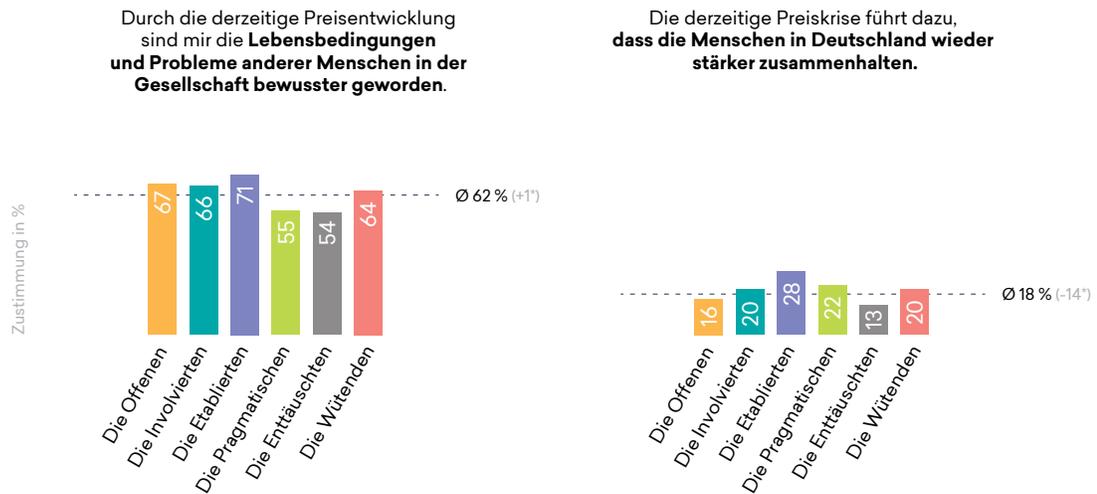
Das übersetzt sich in eher bescheidene Zukunftserwartungen: Derzeit finden lediglich 18 Prozent, dass die derzeitige Preiskrise dazu führe, „dass die Menschen in Deutschland wieder stärker zusammenhalten.“ Dieser Wert ist noch einmal deutlich schlechter als die Vergleichsziffer aus dem Juli 2022 (32 Prozent). Eine große Hoffnung auf den Zusammenhalt besteht nicht.

Es lohnt daher das Nachdenken über folgenden Umstand: **Die Inflations- bzw. Preiskrise mag in ihrer Funktionsweise tatsächlich eine kollektive sein – sie wird aber dennoch von den meisten als vereinzelt erlebt. Damit hat sie für den Moment nicht das Zeug zur Einigungserfahrung. Nach der Corona-Krise wäre das bereits die zweite verpasste Chance.**

Diagramm 6

Gesellschaftliche Gefühle und Erwartungen in der Preiskrise

● Die Offenen ● Die Involvierten ● Die Etablierten ● Die Pragmatischen ● Die Enttäuschten ● Die Wütenden
 --- Gesamt



*Veränderung der Zustimmung seit 2022
 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (Hinweis: Im Juli 2022 wurde die Aussage rechts in der Futur-Form abgefragt (Krisenerwartung); im Mai 2023 in der Präsens-Form (Krisenrealität).)
 Quelle: More in Common (2023)

IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Ich weiß, das klingt jetzt sehr scharf, aber ich spreche von der Asozialisierung der Gesellschaft. Da steht Tempo 30, jemand fährt mit 60, alle fahren mit 60, es gibt eine nach meinem Empfinden größer werdende Rücksichtslosigkeit. Und wir stürzen uns alle sieben bis 14 Wochen auf ein Thema, es ist super polarisierend und dann ist das Thema weg.“

– Aus der Fokusgruppe der Offenen

„Das macht mir Zukunftsängste, wie das eigentlich weitergehen soll. Wir rutschen von einer Krise in die nächste und mit jeder Krise wurde natürlich dieser Ego-Trip immer stärker, und es zieht sich inzwischen durch alle Lebensbereiche durch.“

– Aus der Fokusgruppe der Involvierten

„Polizei hat Probleme, Bademeister wird auch nicht mehr respektiert, da fehlt komplett Respekt und so Sachen. Das ist auch im Ganzen dann ein Problem, wenn die Meinungen von anderen schon nicht mehr respektiert und akzeptiert werden.“

– Aus der Fokusgruppe der Etablierten

„Wir haben nur noch Extreme, diese politisch gesellschaftliche Mitte, die wird immer mehr ausgehöhlt und ich finde das eine gefährliche Entwicklung. Je mehr ich einen links dominierten gesellschaftlichen Diskurs habe, von mir aus auch medial, das stärkt für mich den rechten Rand, das ist nicht gut.“

– Aus der Fokusgruppe der der Enttäuschten

„Ich empfinde hier nur Zusammenhalt, wenn unsere deutsche National-elf auf den Platz kommt, dann haben wir tatsächlich einen Zusammenhalt, dann ist die Nation vereint irgendwie oder geschlossen, hat ein Ziel, eine Idee, eine Euphorie. Wenn es solche Veranstaltungen nicht gibt, dann sehe ich es weniger.“

– Aus der Fokusgruppe der Wütenden

Politische Ebene: Unzufriedenheit mit dem Krisenhandeln

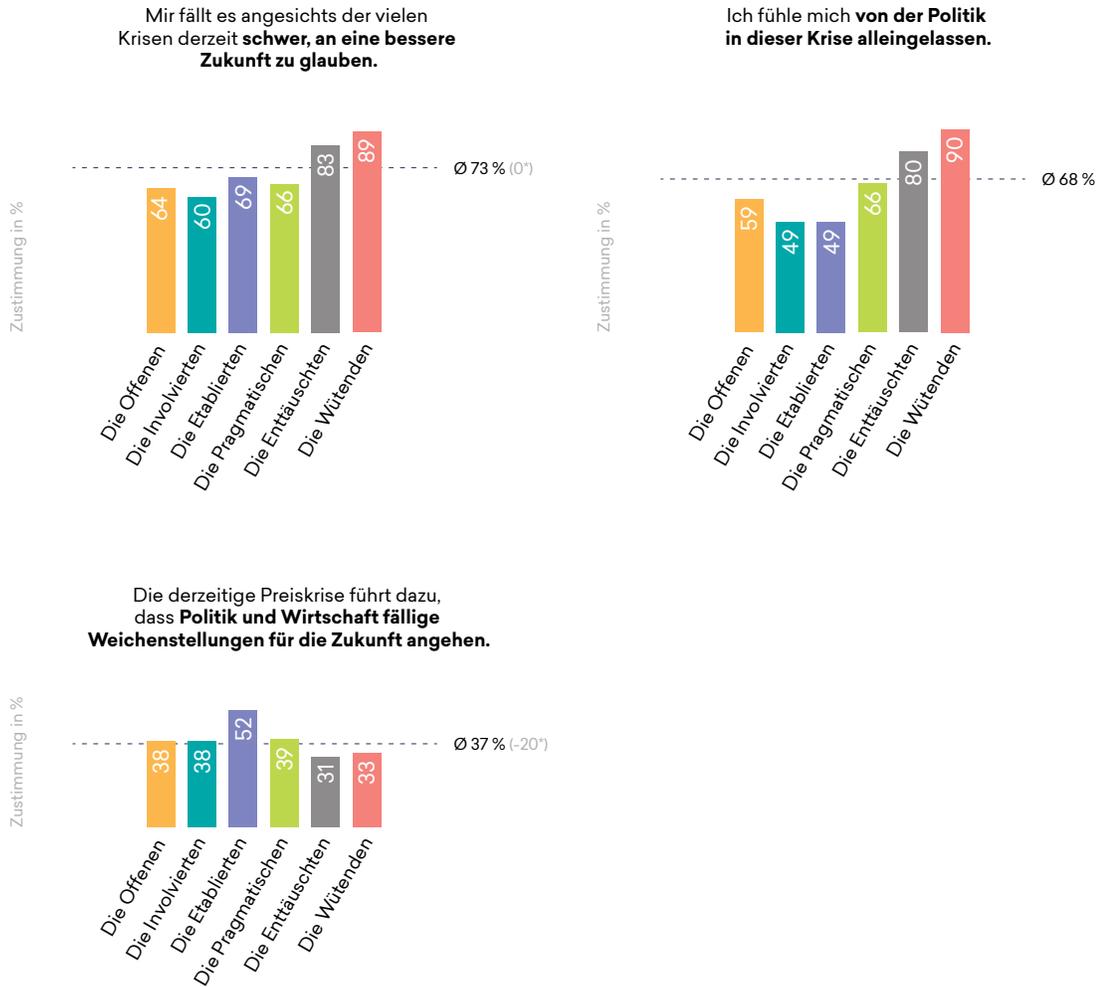
Das eingetrübte Bild auf persönlicher und gesellschaftlicher Ebene setzt sich fort in einem derzeit besonders negativen Blick auf die Politik. **68 Prozent fühlen sich – auch angesichts aller Hilfsmaßnahmen – „von der Politik in dieser Krise alleingelassen“.** Selbst in eher lebenszufriedenen Segmenten (etwa den Involvierten oder Etablierten) denkt mit jeweils 49 Prozent fast jede Zweite so.

Besonders augenfällig wird der politische Unmut in der Frage, wie man die Politik der Bundesregierung in der Krise bezeichnen würde. Vor die Wahl zwischen jeweils positiven und negativen Begriffen gestellt, beschreiben Mehrheiten diese Politik als „wirkunglos“ (72 Prozent), „inkompetent“ (71 Prozent), „ungerecht“ (71 Prozent), sowie „undemokratisch“ (56 Prozent) – und dies, mit Ausnahme von „undemokratisch“, mehrheitlich über alle Segmente hinweg (s. Diagramm 8). Dazu passt auch, dass die von uns abgefragte Erwartung, ob in der Preiskrise „Politik und Wirtschaft fällige Weichenstellungen angehen“, seit dem Juli 2022 um rund 20 Prozentpunkte eingebrochen ist (s. Diagramm 7).

Diagramm 7

Politische Gefühle und Erwartungen in der Preiskrise

● Die Offenen ● Die Involvierten ● Die Etablierten ● Die Pragmatischen ● Die Enttäuschten ● Die Wütenden
 --- Gesamt

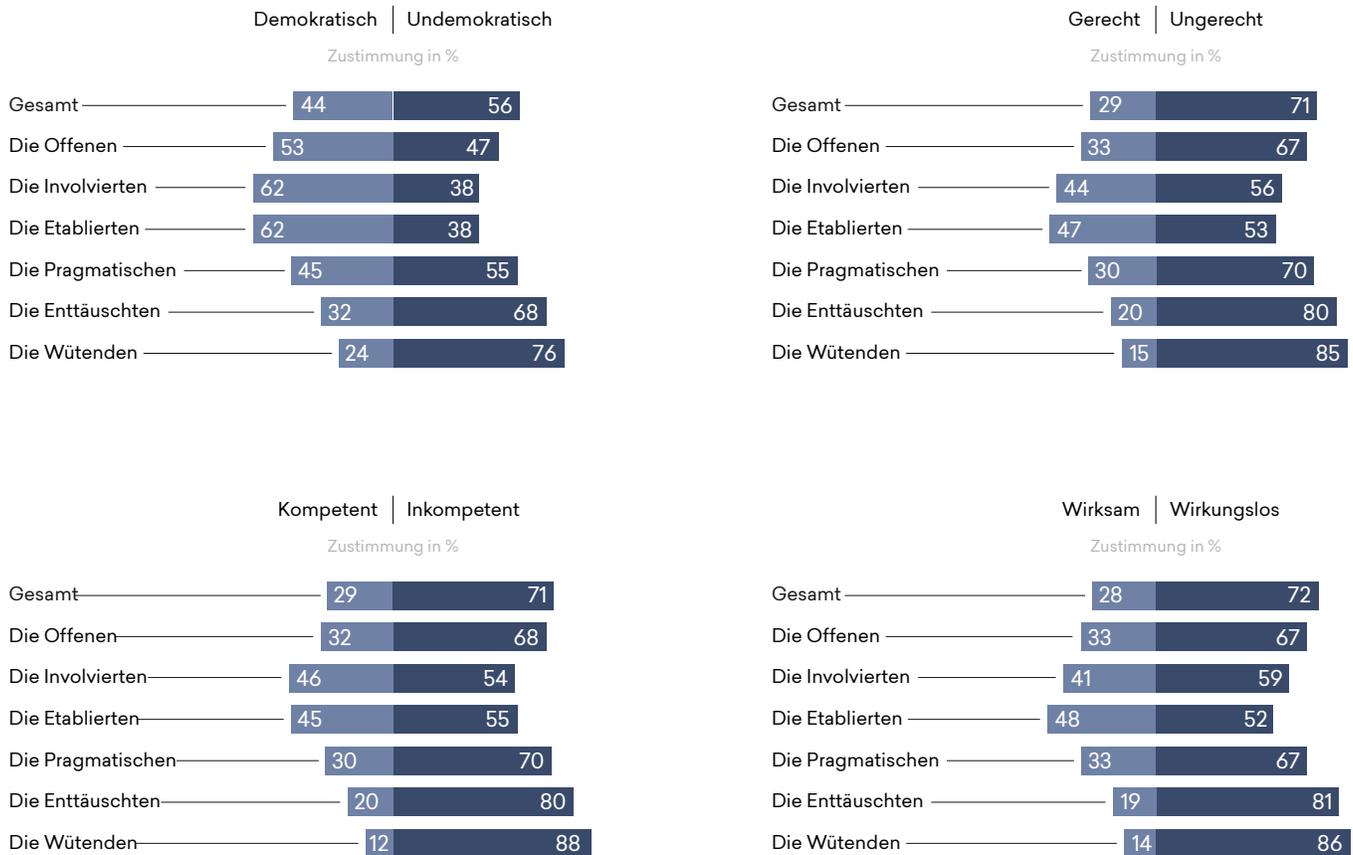


*Veränderung der Zustimmung seit 2022 in Prozentwerte
 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (Hinweis: Im Juli 2022 wurde die Aussage unten in der Futur-Form abgefragt (Krisenerwartung); im Mai 2023 in der Präsens-Form (Krisenrealität).
 Quelle: More in Common (2023)

Woher genau kommt nun dieser schlechte Eindruck? In unseren Fokusgruppen haben wir Menschen danach gefragt: In ihren Antworten dominieren dabei Motive einer als zerfahren, zerstritten und inkonsistent wahrgenommenen Regierungspolitik, die nicht für effektive Entlastung Sorge – und im Zweifelsfall sogar zusätzliche, nicht zu Ende gedachte Belastungen plane (hierzu wurde wiederholt das neue und zum Zeitpunkt der Fokusgruppen sehr aktuelle Heizungsgesetz genannt). Stimmen, die hingegen die Leistung der Politik bei der Abmilderung der akuten Krisenlage im vergangenen Herbst herausstellen, hört man durchaus, am ehesten aber in eher vertrauensvollen Segmenten, wie etwa den Involvierten. Beim „unsichtbaren Drittel“ aus Pragmatischen und Enttäuschten hingegen herrschen häufiger eindeutige, harte Urteile vor.

Positiventwicklungen wie die Tatsache, dass nicht alle im Herbst angekündigten Gefahren so eingetreten sind wie befürchtet (z.B. Blackouts bei der Stromversorgung), schreiben im Forschungsgespräch viele Befragte zudem in erster Linie einer damaligen „Panikmache“ der Medien zu – und eher im zweiten Zug einer tatsächlich erfolgreichen Krisenpolitik. **Das zeigt, wie getrübt der Blick vieler Menschen auf Politik (und Medien) insgesamt ausfällt: Zwischenerfolge werden oft nicht gesehen, gegenüber Medien gibt es ein Grundmisstrauen.**

Diagramm 8 Bewertung des Regierungshandelns in der Preiskrise



Wenn Sie daran denken, wie die Bundesregierung bisher mit den gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten umgegangen ist: Welcher der folgenden gegensätzlichen Begriffe beschreibt das Regierungshandeln jeweils besser?
Quelle: More in Common (2023)

Diagramm 9.1

Unterschiedliche Ansichten über Hauptverantwortliche der Inflation

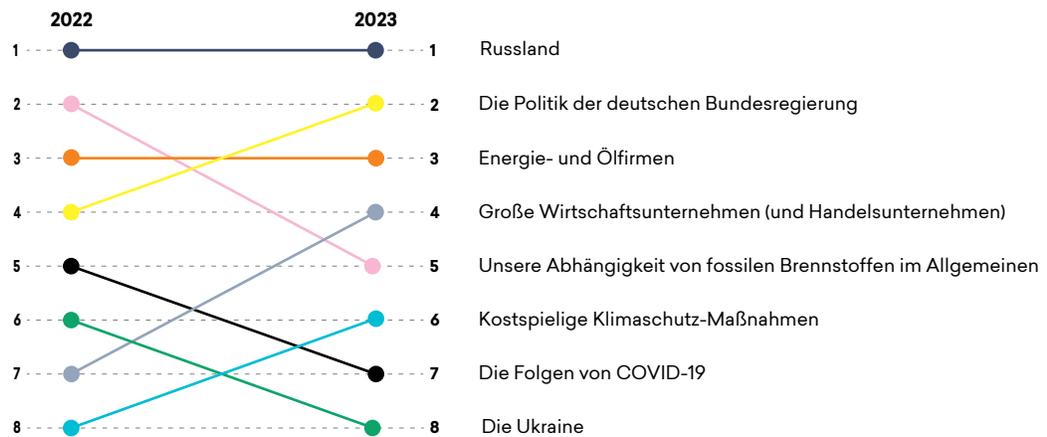
	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden
Russland	47	47	56	62	47	40	39
Die Politik der deutschen Bundesregierung	45	38	28	27	45	56	65
Energie- und Ölfirmen	43	45	51	54	35	43	35
Große Wirtschafts- und Handelsunternehmen	35	44	40	30	24	32	30
Unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen im Allgemeinen	34	46	43	39	28	29	19
Kostspielige Klimaschutz-Maßnahmen	25	20	20	28	19	29	34
Die Folgen von COVID-19	23	23	29	31	32	19	17
Die Ukraine	21	15	12	25	31	21	27
Die Europäische Union	18	15	11	13	17	20	27
Versteckte Interessengruppen	16	16	17	16	12	15	16
Banken und der Finanzsektor	14	15	16	11	17	14	11
Klima-Aktivisten	8	4	7	7	12	10	12
Die Vereinigten Staaten	6	4	2	1	9	7	11

Angaben in %

Wer oder was ist Ihrer Meinung nach für die steigenden Preise verantwortlich?
Wählen Sie bis zu vier davon aus.
Quelle: More in Common (2023)

Diagramm 9.2

Veränderung der Rangfolge seit 2022



Wer oder was ist Ihrer Meinung nach für die steigenden Preise verantwortlich? Wählen Sie bis zu vier davon aus.
Abgetragen sind die 8 meistgenannten Verantwortlichen der steigenden Preise.
Quelle: More in Common (2023)

Wer ist an der Krise schuld?

Zu denken geben sollte weiter, dass immer mehr Menschen die eigenen Politiker in Deutschland als primäre Verursacher einer Preiskrise sehen, die ja einen erkennbar internationalen Ursprung im Angriffskrieg auf die Ukraine hatte. Sahen im Spätsommer 2022 noch 48 Prozent Russland als primär Krisenverantwortlichen, und „nur“ 36 Prozent die Politik der deutschen Bundesregierung, so hat sich dieser Abstand quasi vollständig geschlossen und beträgt nur noch zwei Prozentpunkte (47 vs. 45 Prozent). **Je länger die Preiskrise dauert, umso stärker wird sie der deutschen Politik zu Last gelegt.** Im Grunde differenzieren allein die gesellschaftlichen Stabilisatoren (aus Involvierten und Etablierten) noch deutlich zugunsten der Bundesregierung; bei den anderen Segmenten wird die deutsche Regierung entweder annähernd so häufig zunehmend Offene und v.a. Pragmatische oder sogar häufiger als Russland als Verursacher gesehen (Enttäuschte und Wütende). Die Verschiebung hat hier allerdings vor allem bei den beiden erstgenannten jungen Segmenten stattgefunden, die Enttäuschten und Wütenden dachten bereits im letzten Jahr so.

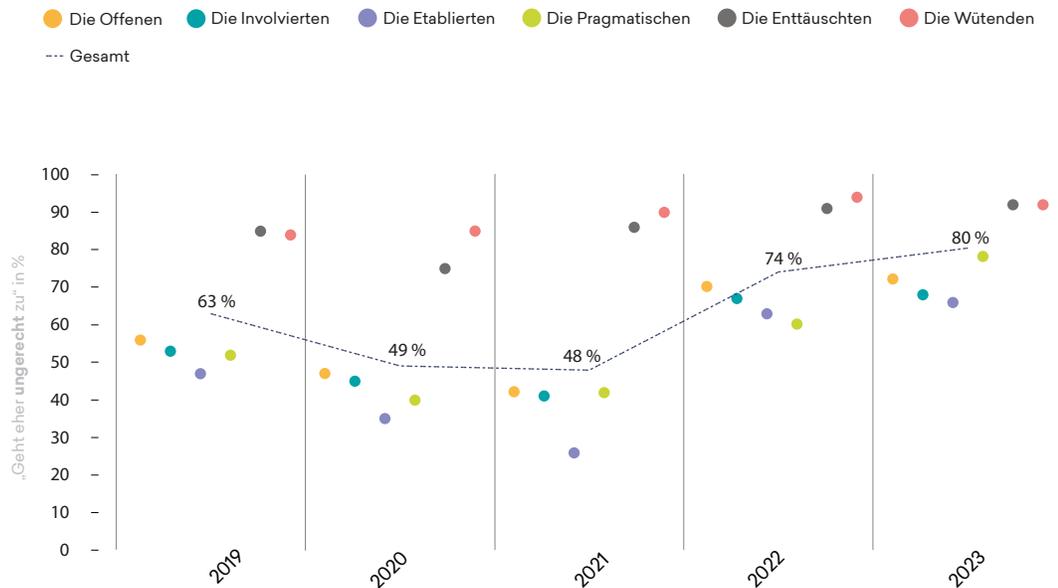
Ungerechtigkeitsempfinden steigt weiter

Eines lässt sich zur Preiskrise feststellen: Sie schafft zunehmend einen (neuen) Konsens darüber, dass es in der deutschen Gesellschaft ungerecht zugeht. Dieses Urteil war schon zu Beginn der Inflation förmlich auf 74 Prozent hochgeschossen, ist aber seither auf 80 Prozent gestiegen. Während die Wütenden und Enttäuschten die deutsche Gesellschaft seit Beginn unserer Forschung 2019 als ungerecht empfinden, gehen nun auch zufriedener Segmente wie die gesellschaftlichen Stabilisatoren oder die Offenen bei diesem Befund mit breiten Mehrheiten mit. **Aus unserer Forschung seit 2019 wissen wir, welchen Stellenwert eine gerechte Gesellschaft in den Zielwerten der Menschen in Deutschland hat:** die Eigenschaft „gerecht“ war zuletzt in unserer Messung Ende 2021 mit 40 Prozent das dritt wichtigste Attribut eines „idealen“ Landes. Eine wahrgenommene Schiefelage just an dieser Stelle wirkt sich daher zwangsläufig auf das Bild der Bürgerinnen und Bürger von Politik aus. **Nicht zuletzt deshalb, weil die Menschen hierzulande in großer Mehrheit sozialen Ausgleich und soziale Absicherung als wichtige Dimensionen der Demokratie einfordern.**⁶ Ein Aspekt, der in unseren Fokusgruppen beispielsweise von den Pragmatischen wiederkehrend kritisch genannt wurde, ist die gefühlte fehlende Beitrags-, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit für „einfache“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie (d.h. häufig sich selbst) empfindet man als Leistungsträgerinnen des Alltags, die das Land mit Arbeit und hohen Beiträgen nach vorne bringen, zugleich aber die volle Wucht etwa von Preis- und Mietsteigerungen abbekommen, und dabei mit weniger staatlicher Unterstützung zurechtkommen müssen als andere, die gefühlt „weniger leisten“ bzw. beitragen. **Das Gerechtigkeitsverständnis ist an dieser Stelle also stark vom Gedanken der Verhältnismäßigkeit und einem „Leistungsgedanken der arbeitenden Mitte“ geprägt.** Für letztere fordert man das besondere Augenmerk und den besonderen Schutz der Politik ein. Ein anderes Dauerthema bleibt zudem die Kritik an Einfluss und Vorteilsnahme der Wirtschaft durch Lobbyismus.

⁶ Vgl. hierzu das Deutschlandkapitel unserer Studie „Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA“ aus dem Jahr 2021.

Diagramm 10

Das Ungerechtigkeitsempfinden steigt weiter



Und was denken Sie: Geht es Ihrer Meinung nach derzeit eher gerecht oder eher ungerecht in Deutschland zu?
 Quelle: More in Common (2023)

Soziale Themen als politische Top-Prioritäten

Eine ganze Reihe an sozialen Fragen tut derzeit in den Augen der Bevölkerung dringend not. Sie gewinnen im Tableau der politischen Top-Prioritäten im Vergleich zum Juli 2022 an Bedeutung: die Inflationsbekämpfung selbst bleibt auf Platz eins (minus vier Prozentpunkte), bezahlbarer Wohnraum (plus sechs Punkte) und Alterssicherung (plus sieben Punkte) folgen auf den Plätzen zwei und vier. Zugleich steigt die Begrenzung der Einwanderung auf den dritten Platz auf (plus acht Punkte), was als weiteres Indiz für die angespannte gesellschaftliche Stimmung zu werten ist.

Der Klimaschutz fällt angesichts dieses Trends auf Platz fünf (mit allerdings immer noch hohen 25 Prozent) zurück: in einer massiv empfundenen sozialen Krise fordert ihn derzeit vor allem die bürgerschaftlich orientierte „Kernkoalition“ aus Offenen, Involvierten und (wertkonservativeren) Etablierten ein; die anderen Segmente verteilen ihre unmittelbare Aufmerksamkeit derzeit häufig anders. **Es kommt also zu (legitimen) Prioritätenkonflikten, die es bei der inhaltlichen Ausgestaltung und Kommunikation von politischen Klimaschutzmaßnahmen zu berücksichtigen gilt.** Wir sagten es bereits in unserer Klimastudie aus dem Jahr 2021: Klimaschutz und Gerechtigkeits- bzw. Wohlstandsbelange sollten systematisch zusammengedacht werden. Auch unsere neuesten Fokusgruppen hierzu waren recht eindeutig, indem Menschen das Thema weiterhin anerkennen, aber soziale Verhältnismäßigkeit und Bezahlbarkeit einfordern.

Wichtig ist noch zu erwähnen, dass, wie schon in den letzten Jahren, Klimaschutz kein Monopolthema der Jugend ist. Die Über-70-Jährigen (29 Prozent) und 60- bis 69-Jährigen (28 Prozent) machen das Thema mindestens (!) genauso häufig zur Priorität wie die 18- bis 29-Jährigen (27 Prozent).

Politische Prioritäten: Brot-und-Butter-Themen dominieren

	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden	Vgl. Rang Juli 2022 (Auswahl)
Inflation bei Energie- und Lebenshaltungskosten begrenzen	41	40	43	35	33	43	39	—
Bezahlbaren Wohnraum gewährleisten	34	32	32	32	41	33	35	↗
Einwanderung und Aufnahme von Flüchtlingen verringern	29	17	12	22	22	36	58	↗
Alterssicherung verbessern	29	24	26	27	32	33	32	↗
Klimawandel und Umwelt	25	37	33	35	19	18	13	↘
Gesundheitssystem verbessern	22	23	21	22	26	19	25	
Bildungssystem verbessern	21	26	29	18	19	18	13	
Kriminalität und Gewalt bekämpfen	21	15	19	21	20	25	24	
Soziale Ungleichheit verringern	17	22	18	15	15	15	15	
Krieg in der Ukraine	16	19	19	22	17	14	11	↓
Wirtschaft stärken	14	14	18	13	18	12	12	
Familien mit Kindern unterstützen	10	9	7	11	13	11	11	
Rassismus und Diskriminierung bekämpfen	10	14	15	14	6	8	3	
Arbeitslosigkeit bekämpfen	4	3	3	2	9	5	4	
Europäische Einigung stärken	3	3	4	10	4	3	1	
Auf Gleichstellung der Geschlechter hinarbeiten	2	3	2	1	2	2	1	
Covid-19	1	0	0	0	1	1	1	↓

Angaben in %

Welche sind Ihrer Meinung nach die WICHTIGSTEN Themen, denen Deutschland gegenüber steht? Wählen Sie die drei wichtigsten aus. (Angaben in Prozent)
Quelle: More in Common (2023)

Aufmerksamkeit für Ukraine fällt ab

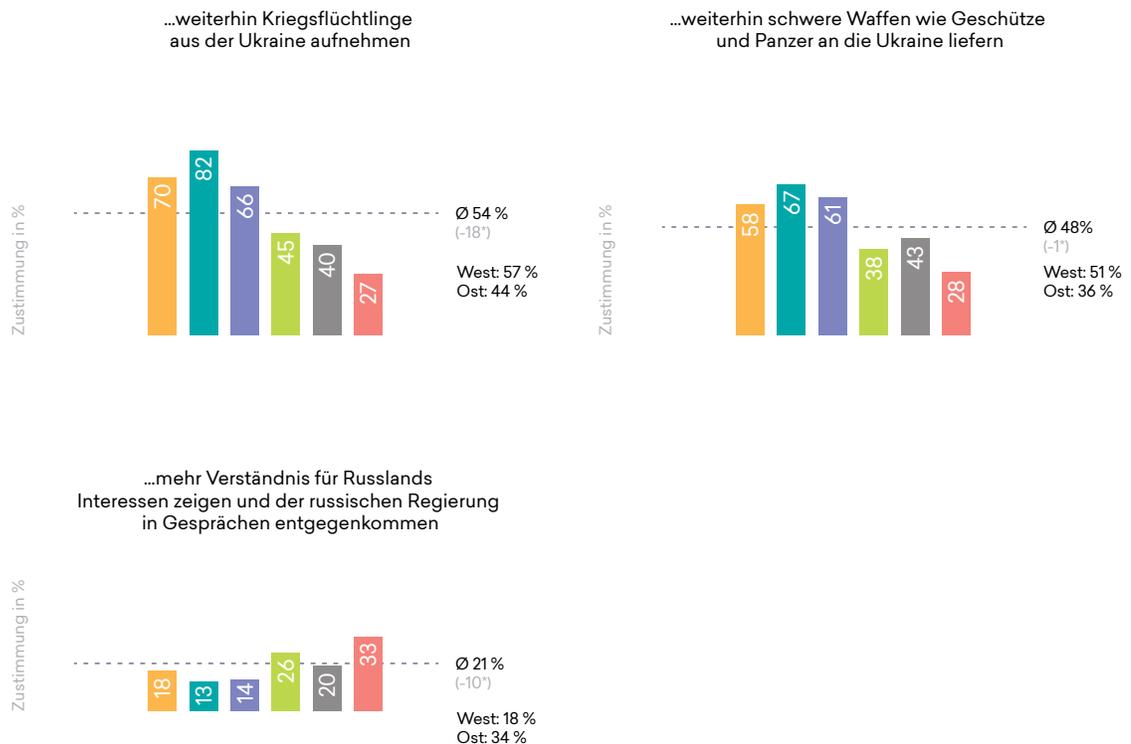
Ein weiteres Thema, das im Ringen um die Aufmerksamkeit seit Mai 2022 stark zurückgefallen ist (Rang zehn mit 16 Prozent), ist der Krieg gegen die Ukraine. Zugleich zeigt unsere detailliertere Nachfrage, dass sich an den grundlegenden Einstellungen zum Thema, sowie zu Deutschlands möglicher Rolle darin, zum Teil ebenfalls etwas verändert hat. Deutlich verringert hat sich die Bereitschaft zur Aufnahme ukrainischer Geflüchteter (minus 17 Punkte auf 54 Prozent Unterstützung) – das allerdings kann auch schlicht der gefühlt geringeren Zahl an Geflüchteten geschuldet sein, und keiner allgemein kritischeren Haltung gegenüber ukrainischen Belangen. Gleichzeitig sinkt nämlich ebenso die Bereitschaft zum „Verständnis für Russlands Interessen“ deutlich (von 31 auf 21 Prozent). Bei der Haltung zu Waffenlieferungen (48 Prozent Unterstützung) sehen wir keine Veränderung, dafür allerdings weiterhin eine doppelte

Trennlinie: einerseits stehen sich Segmente wie etwa die Involvierten als größte Ukraine-Unterstützer und die Wütenden als größte Skeptiker gegenüber; andererseits unterscheiden sich West- und Ostdeutschland erneut stark voneinander (s. Diagramm 12). Aus unseren Fokusgruppen ergibt sich insgesamt der Eindruck eines vorsichtigen Abwägens im Umgang mit der Kriegssituation: Aus vielen Wortmeldungen spricht die unmittelbare Sorge, dass Deutschland in den Konflikt hineingezogen werden könnte.

Diagramm 12

Ukraine-Politik: Ambivalenzen und Trennlinien Deutschland sollte angesichts der Ereignisse in der Ukraine...

Die Offenen Die Involvierten Die Etablierten Die Pragmatischen Die Enttäuschten Die Wütenden
--- Gesamt



*Veränderung der Zustimmung seit 2022 in Prozentwerten
Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach angesichts der Ereignisse in der Ukraine...?
Quelle: More in Common (2023)

Dauerthema: Fehlende Handlungsbereitschaft der Politik

Die derzeitigen Problembefunde verstetigen bei vielen das Gefühl einer Politik, die nicht richtig ins Handeln kommt. Auch 2023 erneuern die Befragten ihre bereits zuvor vorgetragene Kritik an der deutschen Politik, dass diese „die wichtigen Probleme“ nicht angehe. Nur 24 Prozent der Menschen glauben derzeit an eine ausreichende Handlungsbereitschaft in den wichtigen Fragen.

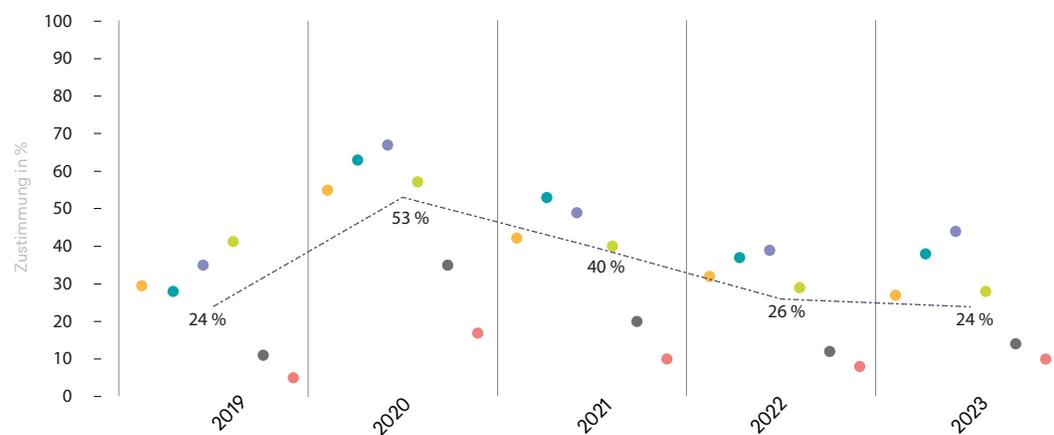
Es lohnt sich daran zu erinnern, dass sich dieser Eindruck stark von der gefühlten „Aufbruchsstimmung“ in der ersten Hälfte der Corona-Pandemie unterscheidet. Damals war die Hoffnung auf effektive Maßnahmen in der Krise sprunghaft angestiegen. Die Bürgerinnen und Bürger nahmen das schnelle und umfassende Handeln der Regierung

eindeutig wahr. Allerdings erstarb diese Hoffnung im späteren Verlauf, als ein wahr-
genommenes Hin und Her sowie föderale Verwirrung zu Buche schlugen. **Nun hat sich
das zwischenzeitliche Zutrauen in die Handlungsfähigkeit der deutschen Politik
endgültig wieder in die negative Grunderwartung verkehrt, die wir bereits 2019
gemessen hatten – vor allen derzeitigen Krisenzuständen. Auch damals dominierte
in der Wahrnehmung der Menschen vor allem der Mangel an Zukunftsbildern.**

Diagramm 13

Wahrgenommene politische Handlungsbereitschaft zurück auf Niveau von 2019
Zustimmung zur Aussage „Die Politik geht die wichtigen Probleme in Deutschland
entschieden an“

● Die Offenen ● Die Involvierten ● Die Etablierten ● Die Pragmatischen ● Die Enttäuschten ● Die Wütenden
--- Gesamt



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu?
Gegenstatement: "Die Politik kümmert sich nicht um die wichtigen Probleme in Deutschland."
Quelle: More in Common (2023)

IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Was mich und auch mein Umfeld bewegt, ist die strategische Politik, die gerade stattfindet. Dinge, die angegangen werden, Klimaschutzthemen, auch Kinderfürsorge oder Familienfürsorge, die werden von Medien und von Opposition teilweise so deformiert und anders und falsch dargestellt als sie eigentlich gemeint sind.“

– Aus der Fokusgruppe der Offenen

„Ich glaube schon, dass wir vor einem Jahr in einer sehr dramatischen Situation waren. Dass es alles doch glimpflich ausgegangen ist, liegt ja daran, dass vielleicht die Bundesregierung gar keine so schlechte Politik gemacht hat.“

– Aus der Fokusgruppe der Involvierten

„Das ist ein Chaos, was uns hier regiert und ich bin politisch gar nicht zufrieden. Die kümmern sich um Sachen, die völlig unwichtig sind, machen ein Blablabla, aber was wichtig ist, wird hier gar nicht herauskristallisiert und auch umgesetzt vor allen Dingen. Immer das Gequatsche bei den Nachrichten und was die erzählen, auch bei den Talkshows, es kommt hinten nichts bei raus. Ein Durcheinander, ein Wollknäuel, das macht keinen Spaß mehr.“

– Aus der Fokusgruppe der Etablierten

„Die Inflation, die trifft uns ja alle, glaube ich. Die Gehälter werden nicht gleich hoch ansteigen, von daher, ja, hat man im Endeffekt weniger Geld übrig, das ist halt das Blöde.“

– Aus der Fokusgruppe der Pragmatischen

„Ich würde sagen, wir leben in einem zusehends schlecht verwalteten Staat.“

– Aus der Fokusgruppe der der Enttäuschten

„Es kommen ja gar keine Impulse, gar keine Strategie, egal welches Thema das ist, mal richtig so zum Tragen.“

– Aus der Fokusgruppe der Wütenden

Aufwärtstrend des Rechtspopulismus in dieser Krise

Die Befunde zeigen: Die deutsche Gesellschaft steht unter Stress und gerade das Urteil über die politische Ebene fällt hart aus. Das sollte uns aufmerken lassen. Denn dieses negative Urteil über die Krisenpolitik ist zwar einerseits Momentaufnahme, spielt sich aber vor dem Hintergrund einer ohnehin schon großen Distanz vieler Menschen zum politischen Betrieb ab. **Jenseits aktueller Debatten sind derart einschlägige Befunde deshalb als Problem ernst zu nehmen. Schließlich können sie im Wettbewerb demokratischer mit autoritären Kräften das Bild einer vermeintlich dysfunktionalen Demokratie befeuern.**

Es ist plausibel, dass derzeit Rechtspopulisten die negative gesellschaftliche Lage für sich nutzen können, indem sie (auch jenseits ihres weltanschaulich harten Kerns) an breit geteilte Empfindungen von Ungerechtigkeit, Nicht-Gehört-Werden und politischer Stagnation anknüpfen. Zu diesen begünstigenden Faktoren sprechen unsere oben erläuterten Befunde eine klare Sprache. Wo der Missmut in der Breite wächst, wächst im Schlepptau auch die potenzielle Zahl derer, die sich offen zu den Rechtspopulisten bekennen. Die AfD legt zu, weil sie erfolgreich aus einem wachsenden Reservoir an negativen gesellschaftlichen Energien schöpfen kann.

Wichtig ist deshalb, dass die relevanten Akteure in Politik, Zivilgesellschaft und Medien möglichst nuanciert wissen, wer in der Bevölkerung da gerade zur Unterstützung der AfD neigt – und aus welchen (womöglich unterschiedlichen) Motiven heraus. Um es offen zu sagen: Ein pauschales Urteil über diese Menschen ist nicht hilfreich für das Entwickeln effektiver Gegenstrategien. Dafür sind die vertretenen Teilperspektiven zu unterschiedlich, wie wir sehen, wenn wir unsere Typologie als Prisma zur Hand nehmen, um uns dem derzeitigen AfD-Zulauf analytisch zu nähern:

Im Durchschnitt maßen wir zum Befragungszeitpunkt im Mai 2023 bei unserer Abfrage der Wahlabsicht 18 Prozent Unterstützung für die AfD unter den Parteiwählern – was den zeitgleich veröffentlichten, großen Umfragen recht präzise entspricht.⁷ Als Hauptträger der starken AfD-Zahlen zeigen sich dabei drei Segmente: die Wütenden, die Enttäuschten und die Pragmatischen. Die drei verbleibenden Typen der Offenen, Involvierten und Etablierten unterstützen die Partei jeweils im einstelligen, klar unterdurchschnittlichen Prozentbereich. Zwischen den drei AfD-näheren Typen gibt es deutliche Unterschiede:

- **Die Wütenden stellen mit 41 Prozent AfD-Wahlabsicht ganz eindeutig (und wie stets seit 2019) den „harten Kern“ der AfD-Unterstützung.** Die mit der Politik unzufriedenen Enttäuschten (26 Prozent) und die politisch wenig gefestigten Pragmatischen (17 Prozent) folgen in erkennbarem Abstand. **Somit stellt das unsichtbare Drittel in seiner Stoßrichtung wie gehabt eher die Peripherie der möglichen AfD-Unterstützung.**
- **Für die Wütenden charakteristisch ist ihr konsistent nationalistisches Weltbild. Dieses liegt bei Enttäuschten und Pragmatischen in dieser Form nicht vor:** ein etwaiger Fokus auf nationale Identität ist bei ihnen im Vergleich deutlich geringer ausgeprägt. Vielmehr dominieren Gefühle der Desorientierung und vor allem des Misstrauens / der Bezugslosigkeit gegenüber den politischen

⁷ Bei seiner Erhebung Ende Mai 2023 sah das von der ARD mit dem „Deutschlandtrend“ betraute Institut Infratest-dimap die AfD bei ebenfalls 18 Prozent. Die Forschungsgruppe Wahlen, zuständig für das „ZDF-Politbarometer“, sah sie bei 17 Prozent. Quelle: www.wahlrecht.de. Hinweis: Wir weisen unsererseits politisch ungewichtete Daten aus und erheben deshalb nicht den Anspruch einer offiziellen, belastbaren Sonntagsfrage.

Institutionen.⁸ Gerade bei den Enttäuschten kommen massive soziale Sorgen hinzu, die in der Tat mit Abwehrreflexen nach außen einhergehen.

- Ein Beispiel für diesen weltanschaulichen Unterschied: In der Frage der politischen Prioritäten nennen die Wütenden die Begrenzung der Einwanderung mit 58 Prozent als allererste Priorität, und zwar weit vor sozialen Belangen wie der Inflation (39 Prozent) oder bezahlbarem Wohnraum (35 Prozent). **Bei den Enttäuschten ist das Umgekehrte der Fall: Ihre primäre Aufmerksamkeit gilt eindeutig der Inflation (48 Prozent), die Migration (36 Prozent) liegt klar dahinter.** Bei den häufig jüngeren Pragmatischen dominiert die Sorge um Wohnraum (41 Prozent), während die Migrationsfrage mit 22 Prozent sogar unterdurchschnittlich rangiert.
- Ein weiteres Beispiel zeigt das weltanschaulich weniger scharfe Profil der Enttäuschten im Vergleich mit den Wütenden fast noch eindrücklicher: Wir haben Menschen gefragt, inwiefern sie eine Zukunft als attraktiv empfänden, in welcher „dreimal mehr Freundschaften zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte“ bestünden als heute. Insgesamt fanden 64 Prozent aller Befragten diese Aussicht eher attraktiv. Von den Wütenden allerdings nur 41 Prozent, während die Enttäuschten mit 61 Prozent im gesellschaftlichen Durchschnitt lagen.
- Dass die AfD wie dargelegt aktuell in der Lage ist, vor allem Unzufriedene zu sich herüberzuziehen, sehen wir also besonders an den Enttäuschten: Diese sind weltanschaulich keine zwangsläufige AfD-Klientel, hegen aber (ebenso wie die Wütenden) seit langem Enttäuschungs- und Ungerechtigkeitsgefühle, die sich durch die Preiskrise nun noch weiter manifestieren und vor allem breitenwirksam werden. Für die Pragmatischen ist vor allem auf ihre – von uns schon häufig konstatierte – Bezugslosigkeit zur Politik hinzuweisen, die ihnen den versuchsweisen (und weltanschaulich relativ unbedarften) Wechsel hin zu populistischen Parteien erleichtert.

Außerdem scheint in der Krise ein besonderer Einkommenseffekt bei der AfD-Unterstützung am Werk: **Im Moment bekennen sich vor allem Menschen mit geringstem Haushalts-Nettoeinkommen (unter 1.500 Euro) mit 29 Prozent weit überdurchschnittlich zur AfD-Wahlabsicht.** Zwar sahen wir in vielen unserer bisherigen Erhebungen eine Ballung von AfD-Wählerinnen und -Wählern bei den geringsten Einkommen; zurzeit aber ist der Trend besonders deutlich. Hier kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit die oben beschriebene Tatsache ins Spiel, dass diese Gruppen die Inflation viel unmittelbarer erleben. Die Krise ist für sie einfach bedrohlicher.

Herausforderung für alle demokratischen Parteien

Klar ist: Wir können in Deutschland von allen Bürgerinnen und Bürgern verlangen, dass sie sich mündig mit den Gefahren politischer Randbewegungen auseinandersetzen. Für gesellschaftliche Gegenstrategien hilft es dennoch zu differenzieren, aus welcher Motivlage heraus Menschen populistische Alternativen in Erwägung ziehen. Tun sie es aus einer weltanschaulich geschlossenen, autoritären Systemschelte heraus? Oder dominieren bei ihnen Motive des Sich-Gehör-Verschaffens, der Verunsicherung, sowie das angestaute Bedürfnis nach einer lebensweltlich nahbareren Politik? Für die demokratische Auseinandersetzung mit diesen Menschen, ihre prinzipielle Offenheit für demokratische Politik, und einen fairen Ideenwettbewerb zur Zukunft dieses Landes macht das einen enormen Unterschied.

⁸ Vgl. zu den charakterisierenden Merkmalen der sechs Typen v.a. unsere Studie „Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“ aus dem Jahr 2019.

Für demokratische Parteien in unserem Land stellt sich daher die akute Frage, ob sie opportunistisch ebenfalls von der derzeitigen Verunsicherung politisch profitieren möchten, oder ob sie sich (egal ob in Regierungs- oder Oppositionsrolle) in der politischen Verantwortung sehen, Verunsicherung zu reduzieren. Wir vernehmen in unseren Fokusgruppen deutlich, dass exzessives politisches Taktieren merklich das Ansehen von Politik beschädigt, weil aus Sicht der Menschen nicht das große Ganze im Fokus steht. Die derzeitige Vertrauenskrise dürfte ein Niveau erreicht haben, wo das Stärken bzw. Verteidigen der liberalen Demokratie endgültig zum Teamwork werden muss. Die Verantwortung umfasst alle politischen Akteure.

Das soll aber nicht bedeuten, dass Zusammenhalt durch (oberflächliche) Ruhe im politischen Raum suggeriert werden soll. Im Gegenteil. **Gerade für das Einhegen rechts-populistischer bzw. in Teilen rechtsextremer Parteien wie der AfD ist es wichtig, politische Alternativen innerhalb des demokratischen Spektrums aufzuzeigen.** Denn schon der Name der Partei (Alternative für Deutschland) verrät ihre Grundstrategie, die wohlgerne von Populisten in Frankreich, Brasilien, den USA und andernorts exakt so angewandt wird: Sie versucht, sich als politisches Gegenangebot zu einem mit Verdruss wahrgenommenen politischen System zu positionieren, als angeblich einziger Akteur, der die Anliegen der Menschen im Blick hat.

So durchschaubar diese Strategie ist, sie ist Kernbestandteil der Strategien von Rechtspopulisten und sie wird mit erstaunlicher Konsequenz verfolgt. Umso wichtiger ist es also, dass sich **demokratische Parteien, denen die Stärkung von Demokratie und Zusammenhalt ein Anliegen sind, Rechtspopulisten nicht nur durch das konsequente Aufrechterhalten von Brandmauern und das Auslassen politischer Kooperation entgegenstellen, sondern sich ebenso konsequent durch das Aufzeigen und Aushalten echter politischer Alternativen innerhalb des demokratischen Spektrums profilieren.** In diesem Sinne könnte man den Streit der Ampelparteien auch positiver bewerten, als es die Hauptstadtpresse tut: Es findet Streit in der Regierung statt, weil es zu großen Fragen veritable Meinungsunterschiede in der gesamten Gesellschaft gibt.

**Was wir über den
Zustand unserer
gesellschaftlichen
Bindekräfte wissen
sollten**



Eine Gesellschaft kann und soll mit Reibung beziehungsweise Stress umgehen, das gehört zum demokratischen Alltag und ist schließlich die Definition des gerne verwendeten Begriffs der „Resilienz“, der Widerstandskraft von Gesellschaft. **Dazu aber braucht sie Bindekräfte, die sie in ihrem Innersten zusammenhalten und ein ausreichendes Maß an Zusammenarbeit und konstruktiver Streitfähigkeit gewährleisten.** Wir bei More in Common beschäftigen uns seit unserer Gründung im Jahr 2018 mit dem Verständnis, der Messung und der Stärkung dieser sozialen Klebstoffe. Umso wichtiger ist es uns, für relevante Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Medien und Wirtschaft an dieser Stelle aufzubereiten, wie sehr manche von ihnen gerade unter Druck stehen – nachdem sie schon zuvor nicht im besten Zustand waren.

Gesellschaftliches Vertrauen

Als eine der absoluten Kerngrößen des Miteinanders ermöglicht Vertrauen gesellschaftliche Kooperation und Kommunikation. Wer vertraut, geht im Umgang mit anderen von deren gutem Willen, deren Wahrhaftigkeit und Verbindlichkeit aus – und kann sich so selbst besser öffnen und einbringen. Umgekehrt sehen wir im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Misstrauen Potenziale für destruktive gesellschaftliche Dynamiken: Vereinzelung, rauen bis schrillen Debattenton und mangelnde Handlungsfähigkeit. Ist Vertrauen einmal beschädigt, ist es schwer und dauert es lange, es wieder aufzubauen.

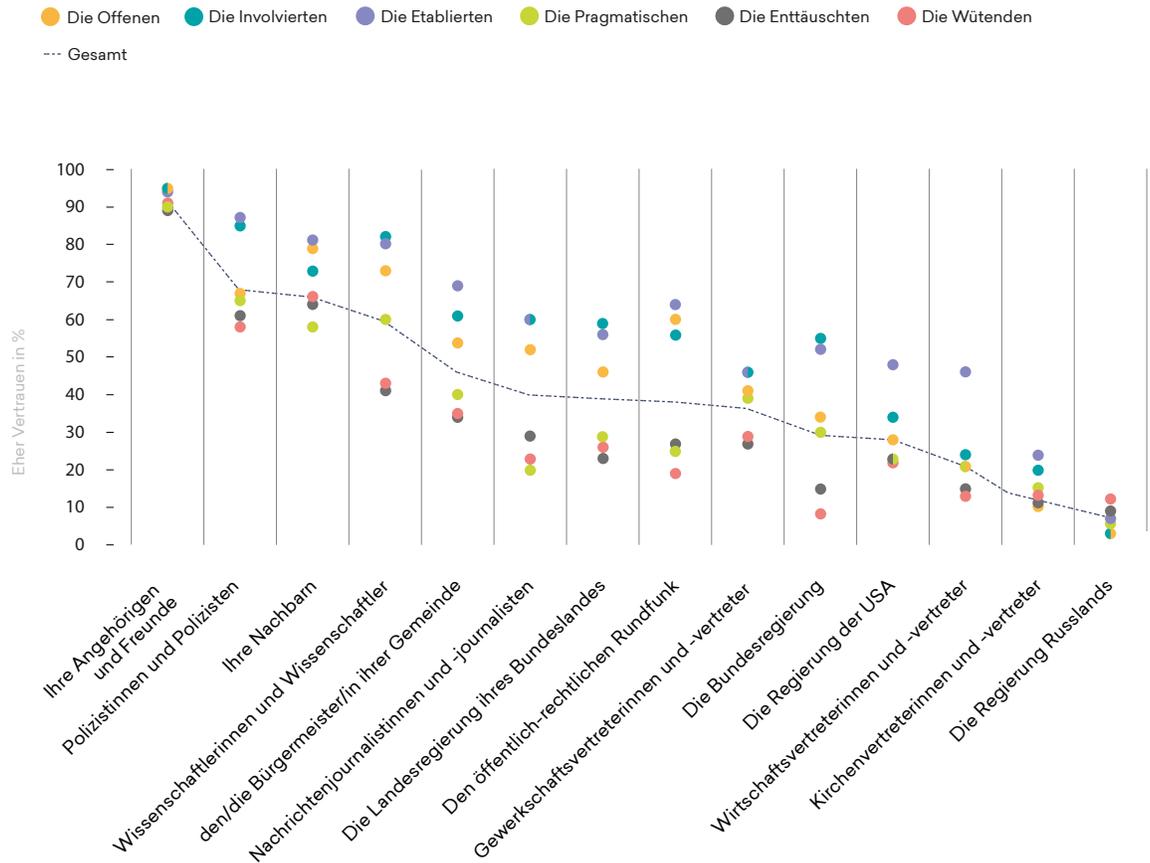
Deshalb sprechen wir seit 2019 mit beachtlicher Sorge von einer doppelten Vertrauenskrise, die wir in der deutschen Gesellschaft beobachten und die durch die jetzigen Krisendynamiken alles andere als vermindert wird. **Viele Menschen in Deutschland misstrauen sowohl ihren Mitmenschen in der Gesellschaft als auch den Institutionen und Akteuren des Gemeinwesens.** Zwei Zahlen dazu: Einerseits stimmen zurzeit 64 Prozent der Aussage zu, dass man im Umgang mit den meisten Menschen „nicht vorsichtig genug“ sein könne; und andererseits glauben nur 17 Prozent, dass die meisten Politiker sich dafür interessierten, „was Leute wie ich denken“. Zu zweitem sei erwähnt, dass auch in unseren Fokusgruppen der letzten Jahre viele Menschen „die Politik“ als weitgehend geschlossenen Block beschreiben, dem es kollektiv an Bürgernähe – und also an Vertrauenswürdigkeit – fehle.

Dieses doppelte (nämlich horizontale und vertikale) Misstrauen führt dazu, dass **im Jahr 2023 bei der Mehrheit der Menschen wirklich intakte Vertrauensverhältnisse primär im persönlichen Nahbereich bestehen** – also dort, wo man die anderen ganz persönlich kennt, etwa in Familie und Freundeskreis (92 Prozent Vertrauen) oder unter Nachbarn (68 Prozent). Ansonsten schaffen es in unserer Abfrage des Gruppen- und Institutionsvertrauens (s. Diagramm 14) nur zwei weiteren Personengruppen über die 50-Prozent-Vertrauensschwelle: zum einen Polizisten (68 Prozent), deren Status als breit anerkannte „Leistungsträgerinnen und Leistungsträger des Alltags“ wir bereits aus früheren Studien kennen⁹; und zum anderen Wissenschaftlerinnen (60 Prozent), wobei hier das Gefälle zwischen den Segmenten bereits groß ist, und etwa die Typen der Enttäuschten und Wütenden kein Mehrheitsvertrauen mehr aufbringen. Alle (!) anderen zur Auswahl stehenden Gruppen und Institutionen werden von Mehrheiten mit Misstrauen belegt: beispielhaft seien hier der öffentlich-rechtliche Rundfunk (38 Prozent Vertrauen), die Bundesregierung (29 Prozent Vertrauen) oder Wirtschaftsvertreter (21 Prozent) genannt.

⁹ Vgl. unsere Publikation „Projekt Zuversicht: Woher nehmen und wie stiften wir in Krisenzeiten Hoffnung für morgen?“ aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“ (2022).

Die genannten Zahlen machen deutlich, dass es der Gesellschaft heutzutage schwerfällt, sich auf Institutionen oder Gruppen von Menschen zu einigen, denen wir kollektiv ein Mindestmaß (kein blindes Maß!) an Vertrauen entgegenbringen können, um auf dieser Grundlage zu handeln oder in unserem Namen handeln zu lassen. Die aktuelle Krise, in der Mehrheiten fehlenden Einsatz der Politik und fehlende Solidarität der Menschen beklagen, trägt gewiss zur Verfestigung dieses vielschichtigen Problems bei.

Diagramm 14 Intakte Vertrauensbezüge vor allem im Nahbereich



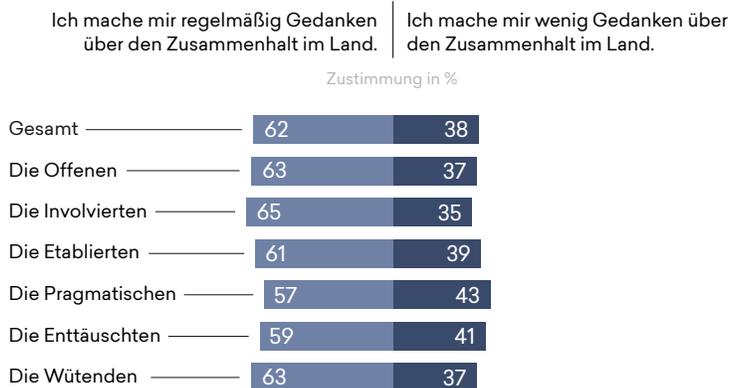
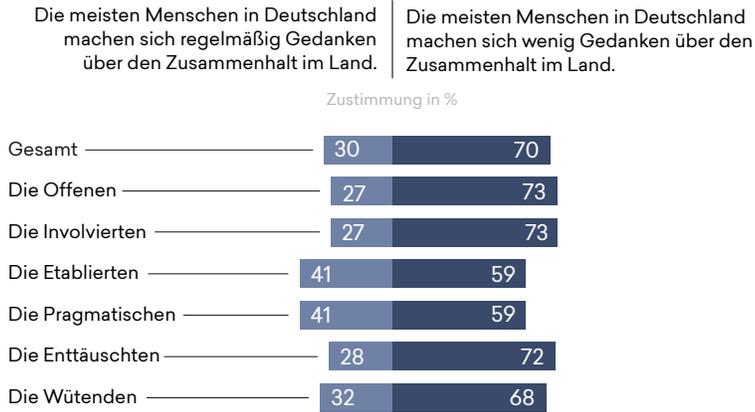
Wieviel Vertrauen haben Sie in...?
Quelle: More in Common (2023)

Das Tragische in Sachen Misstrauen ist vor allem, dass wir einander falsch einschätzen. Bereits in unserer Ausgangsstudie von 2019 stellten wir fest, dass sich die meisten Zusammenhalt und Zusammenarbeit wünschen, und auch im Mai 2023 gaben 62 Prozent der Menschen an, sich „regelmäßig Gedanken über den Zusammenhalt“ machen. **Die wenigsten wollen gesellschaftliche Vereinzelung. Das Problem ist nur, dass wir uns diese Sorge gegenseitig absprechen.** Fragt man nämlich die Bürgerinnen und Bürger, ob auch die meisten anderen Menschen im Land sich zum Zusammenhalt Gedanken machen, so antworten nur 30 Prozent positiv. **Wir sehen also eine enorme Wahrnehmungslücke zwischen Selbst- und Fremdbild.** So kann es kommen, dass Menschen, die es eigentlich gut meinen, von anderen als nicht vertrauenswürdig oder böswillig einge-

stuft werden – **die Folge kann ein gefährlicher Teufelskreis sein, bei dem wir uns umso egoistischer verhalten, umso weniger wir von den anderen erwarten bzw. gespiegelt bekommen.**¹⁰ Dann sitzt die Gesellschaft einer Fehlwahrnehmung mit Folgen auf.

Diagramm 15

Nachdenken über Zusammenhalt: Selbst- vs. Fremdwahrnehmung



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu?
Quelle: More in Common (2023)

¹⁰ So fühlten sich im Dezember 2021 insbesondere die sozial misstrauischen Typen in erster Linie sich selbst und ihren Nächsten verpflichtet, und weniger der Gesellschaft im Ganzen. Vgl. unsere Publikation „Was hat das persönliche Befinden der Menschen mit gesellschaftlichem Zusammenhalt zu tun?“ aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“ (2022).

Handlungsmacht und Bürgerwirksamkeit

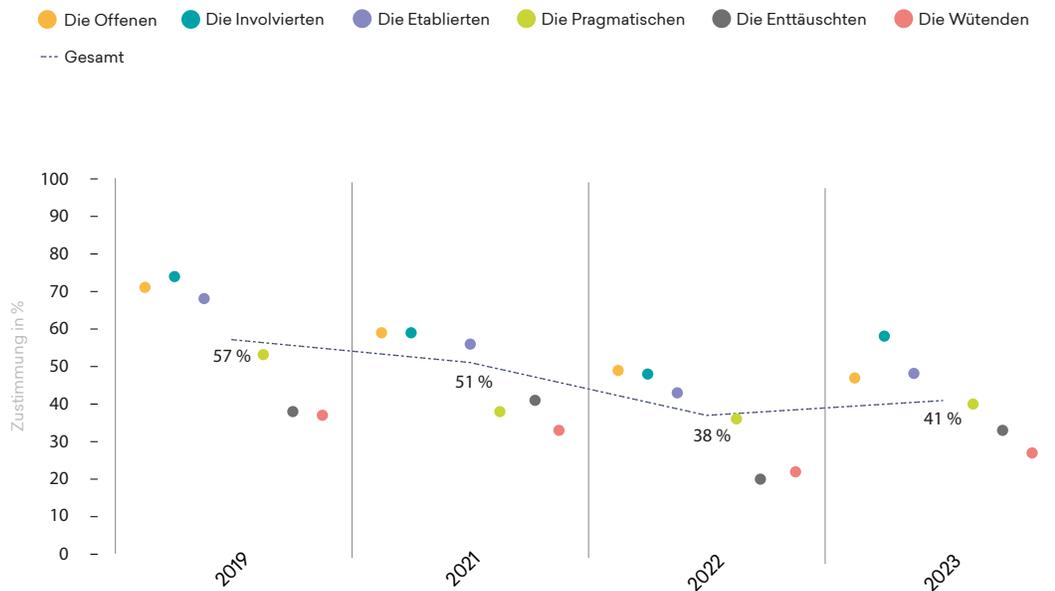
Die Demokratie lebt vom Gefühl ihrer Bürgerinnen und Bürger, einen Unterschied machen zu können. Das gilt für die breite Willensbildung im Großen genauso wie für Engagement und Mitarbeit im Kleinen. Beispielhaft lässt sich das am Typen der Involvierten beobachten, die in unserer Forschung seit 2019 über besonders große Agency-Gefühle (also Handlungsmacht), große Verantwortungsfreude und zugleich große Demokratiezufriedenheit verfügen. Negativ gewendet sehen wir verlässlich in unseren Daten, dass etwa Bevölkerungssegmente wie die Enttäuschten, die sich stark „geworfen“ und ohnmächtig fühlen, zugleich mit einem sehr misstrauischen Blick auf das Gemeinwesen schauen.

In diesem Zusammenhang sollte es zu denken geben, dass mit dem Einsetzen der derzeitigen Preiskrise ein deutlicher Dämpfer bei der von uns seit 2019 erhobenen „Bürgerwirksamkeit“ eingetreten ist, und sich auch in diesem Jahr fortschreibt. Lediglich 41 Prozent stimmen derzeit der Aussage zu, dass „durch ihre Entscheidungen und Handlungen Bürger die Gesellschaft verändern“ können. Vor der Inflation hatte dieser Wert stets über 50 Prozent gelegen. **Das hier angezeigte Ohnmachtsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger hat das Potenzial, das Verhältnis zum politischen System weiter zu belasten – insbesondere in einer Situation, in der die Menschen ohnehin mit den Ergebnissen dieses Systems unzufrieden sind.** Die Krise ist damit nicht nur eine Frage des Geldbeutels, sondern auch der Demokratie.

Diagramm 16

Wahrgenommene Bürgerwirksamkeit bleibt angegriffen

Zustimmung zur Aussage „Durch ihre Entscheidungen und Handlungen können Bürger die Gesellschaft verändern“



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu?
 Gegenstatement: "Entscheidungen und Handlungen der Bürgerinnen und Bürger haben kaum Einfluss darauf, wie die Gesellschaft funktioniert."
 Quelle: More in Common (2023)

Aber Achtung: Dieser Zusammenhang sollte politische und zivilgesellschaftliche Akteure nicht zum voreiligen Umkehrschluss verleiten, dass die beste Lösung einfach immer darin bestünde, sich ohnmächtig fühlende Menschen möglichst rasch über Mitmach-Formate zu „aktivieren“ und so in die Selbstwirksamkeit zu bringen. Die Dinge liegen unter Umständen etwas komplizierter.¹¹ Beteiligung im engeren Sinne ist ein Teil der Lösung, aber nicht die ganze Lösung. **Nicht bei allen Menschen speist sich die empfundene Bürgerwirksamkeit primär aus dem eigenen Mitmachen und Mitsprechen: vielen geht es in erster Linie um eine gute Politik, in deren Repräsentantinnen und Repräsentanten sie sich wiedererkennen, die ihre Lebenswelten berücksichtigt und ihre Bedürfnisse aufgreift.** „Sichtbarkeit“ und ein Gefühl des kollektiven Gehört-Werdens sind hier wohl die richtigen Schlagworte.

Hoffnung und Zuversicht

Nicht umsonst attestieren wir bei More in Common seit 2019 das Problem eines „Landes im Wartestand“, in dem die meisten Menschen nicht das Gefühl haben, die wichtigen Herausforderungen würden effektiv angegangen (s. Ausführungen zur Politik oben). Wir erleben in unseren Forschungsgesprächen mit unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen regelmäßig einen wahrgenommenen Mangel an glaubhaften politischen Zukunfts- und Zielbildern, die für kollektive Zuversicht sorgen können. Auch in unseren neuesten Fokusgruppen überwog der Eindruck, dass Deutschland von der Substanz lebe, bzw. schon heute dem eigentlichen Anspruch an ein funktionierendes Land nicht voll entspreche – und sich diesbezüglich wenig Positives tue.

Aktuell glaubt nur eine kleine Minderheit der Deutschen, dass es ihrer Familie in fünf Jahren besser gehen wird als heute.¹² **Damit ist der Glaube an eine bessere Zukunft, der über lange Zeit ein Treiber des (west)deutschen Selbstverständnisses war, brüchiger denn je. Umso mehr braucht es auch heute Zukunftsangebote, die überzeugen können.** Das ist nicht nur eine Frage der guten Stimmung, sondern auch der Demokratiefestigkeit: In unserer Forschung aus dem Jahr 2021 sahen wir, dass rund die Hälfte der Menschen die Demokratie als solche in erster Linie an der immer wieder neuen Herstellung guter Ergebnisse misst.

Vor diesem Hintergrund sollte man die derzeitige Krisendynamik als besondere Belastung betrachten, eben weil sie die Zufriedenheit mit den Ergebnissen und Weichenstellungen von Politik bedroht. Der von uns abgefragte Ausblick der Menschen auf die nächsten fünf Jahre ist hier sehr vielsagend. Am stabilsten erscheint noch die persönliche Situation, für die die meisten (in einer bereits angespannten Lage) mit wenig Veränderung rechnen (54 Prozent); wobei allerdings mehr Menschen mit weiterer Verschlechterung (30 Prozent) als mit Verbesserung (16 Prozent) rechnen. Gegenüber den Verhältnissen im Großen herrscht dagegen offener Pessimismus, und zwar sowohl im Hinblick auf gesellschaftliche Entwicklungen (Verschlechterung: 64 Prozent) als auch auf wirtschaftliche Entwicklungen (Verschlechterung: 60 Prozent). 73 Prozent stimmen zudem der Aussage zu: „Mir fällt es angesichts der vielen Krisen derzeit schwer, an eine bessere Zukunft zu glauben.“ Es fehlt aktuell massiv an Zuversicht in der deutschen Gesellschaft.

¹¹ Vgl. hierzu unser Impulspapier „Mehr Erreichen: Impulse für eine breitere Bürgerbeteiligung vor Ort“ (2023), in dem wir aufzeigen, dass es behutsame Strategien braucht, um Menschen mit geringer empfundener Handlungsmacht in Kontakt mit dem politischen Prozess zu bringen.

¹² Im renommierten Edelman Trust Barometer (2023) steht derzeit der (ökonomische) Zukunftsoptimismus auf einem neuen Rekordtief: Nur 15 Prozent meinen dort, dass es „der Familie und einem selbst“ in fünf Jahren besser gehen werde. Online abrufbar unter: https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2023-04/2023%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Report%20-%20%20GER_2.pdf

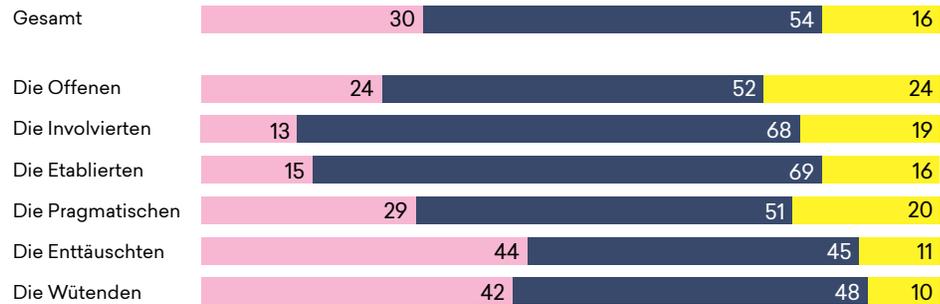
Diagramm 17

Trüber persönlicher und gesellschaftlicher Ausblick Wie wird sich in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

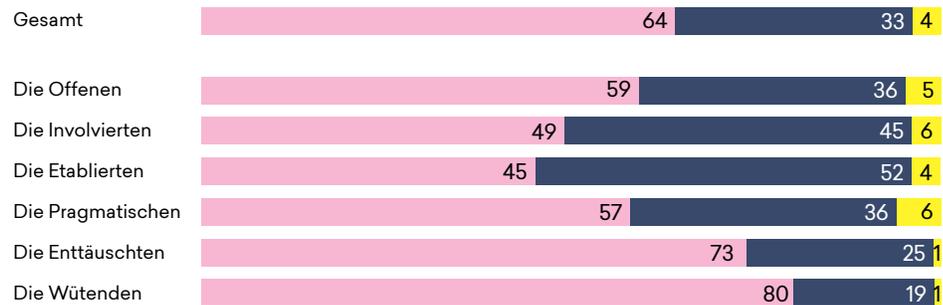
● Eher verschlechtern ● Nicht wesentlich verändert ● Eher verbessern

Angaben in %

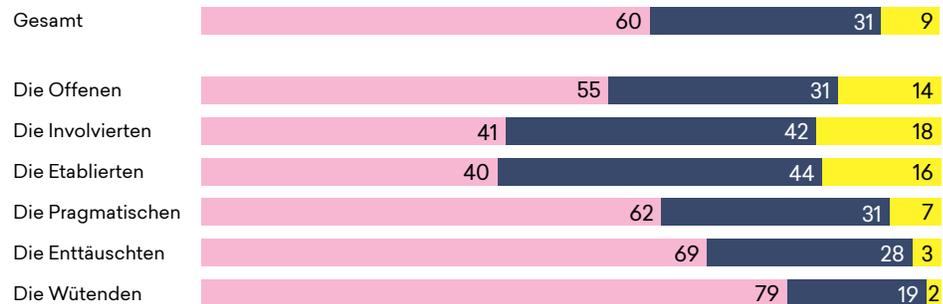
... Ihre persönliche Lage ...



... die gesellschaftliche Lage in Deutschland ...



... die wirtschaftliche Lage in Deutschland ...



Wenn Sie jetzt einmal an die nächsten fünf Jahre denken:
Wie glauben Sie, werden sich die folgenden Aspekte entwickeln: Wird sich ...?
Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Quelle: More in Common (2023)

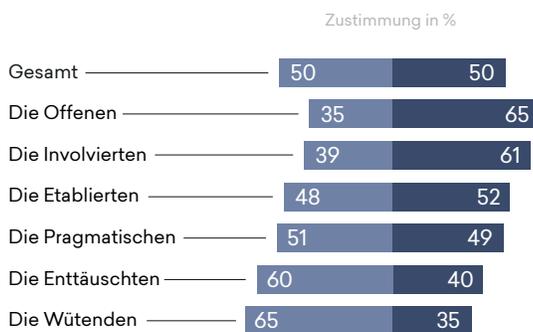
Ein weiterer Knackpunkt für all diejenigen gesellschaftlichen Akteure, die in einer solchen Lage Zukunftsangebote machen wollen: Die Menschen fordern diese Angebote zwar ein, viele von ihnen haben aber auf der anderen Seite ein starkes Normalitätsbedürfnis (s. Diagramm 18). **Aus der Dauerkrise entsteht ein Bedürfnis nach Berechenbarkeit, und eine Skepsis gegenüber Veränderung.** Gerade stark politisch unzufriedene Segmente wie die Enttäuschten neigen mehrheitlich in diese Richtung, während nur die ausdrücklich progressiven Typen der Offenen und Involvierten deutlicher zum Wandel neigen. **Das vermeintliche Paradoxon aus Zukunftswünschen einerseits und Normalitätsbedürfnis andererseits offenbart, wie voraussetzungsvoll die politische Aufgabe ist, Hoffnung zu geben, ohne wichtige Teilgruppen der Bevölkerung „transformativ“ zu überfordern.** Schon in vergangenen Studien hatten wir festgestellt, dass viele Menschen eher in Kategorien der konkreten „Verbesserung“, denn der „Veränderung“ denken, und dass sie ihre Zielwerte (z.B. gerechtes, demokratisches, sicheres Deutschland) häufig zeitlos denken, d.h. ohne den Wandel als Selbstzweck.¹³ Zu den nötigen Ableitungen hieraus kommen wir in Kapitel vier.

Diagramm 18

Krisenmüdigkeit vs. Krisenhandeln als Zukunftsgestaltung?

Ich möchte eigentlich nur, dass die Dinge in Deutschland im Großen und Ganzen wieder so werden, wie sie vor den ganzen Krisen seit 2020 waren.

Wir sollten die Chance, die die derzeitigen Krisen bieten, ergreifen, um wichtige Veränderungen in Deutschland vorzunehmen.



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?
Quelle: More in Common (2023)

¹³ Vgl. unsere Publikation „Was wünschen sich die Menschen für die Zukunft und ihr Land?“ aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“ (2022).

IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Ich persönlich wünsche mir mehr persönliches und kollektives Verantwortungsbewusstsein und ich stehe auch dazu: ich wünsche mir knallharte Konsequenzen, wenn es kein Verantwortungsbewusstsein den anderen gegenüber in der Gesellschaft gibt.“

– Aus der Fokusgruppe der Offenen

„Ich glaube, was helfen würde, wäre so eine Art gemeinsame Vision, so sehen wir dieses Land in drei Jahren oder auch nur in einem Einzelpunkt, wo wir sagen, wir haben vielleicht in drei Jahren einen deutlich besseren Verkehr, und dann erübrigen sich viele Probleme ohnehin.“

– Aus der Fokusgruppe der Involvierten

„Im Vergleich zu vielen anderen Ländern jammern wir auf verdammt hohem Niveau, auch wenn die Probleme, die jeder für sich hat, nicht schön sind, keine Frage. Das ist eine deutsche Tugend, dass man immer nur das Schlechte sieht, überall. Alles schlecht, alles Katastrophe, es werden viele gute Sachen gemacht, viele schlechte Sachen, keine Frage, aber man redet immer nur über schlechte Sachen.“

– Aus der Fokusgruppe der Etablierten

„Vielleicht muss man dem Bürger mehr Entscheidungskraft geben oder mehr Möglichkeiten geben, Dinge zu entscheiden, weil früher hat man gewählt, dass die Politiker den Wunsch des Bürgers umsetzen, aber das ist heutzutage nicht mehr so.“

– Aus der Fokusgruppe der Pragmatischen

„Das ist, als ob Deutschland ein großer Tanker ist, der seit 20-30 Jahren nur noch von Seemeile zu Seemeile schippert, aber die große Navigation ist so bisschen aus dem Ruder geraten und das stimmt dann auch nicht mehr.“

– Aus der Fokusgruppe der der Enttäuschten

„Ich wohne in einem ländlichen Dorf, da haben wir einen krassen Zusammenhalt, da kennt jeder jeden. Hier ist das ganz normal im Dorf. Am Hauptbahnhof ist es halt sehr anonym oder in einem Riesenwohnblock. Aber man kann ja nicht überall Dörfer mit Einfamilienhäusern hochziehen. Aber Straßenfeste wären schon mal ein Anfang.“

– Aus der Fokusgruppe der Wütenden

Vorläufiges Fazit zur gesellschaftlichen Substanz

Vergleichen wir die derzeitige Lage bei unseren gesellschaftlichen Bindekräften mit den Ausgangsbefunden unserer Studie „Die andere deutsche Teilung“ aus dem Jahr 2019, müssen wir leider sagen, dass sich – bei aller bereits beschriebenen Zwischenhoffnung der frühen Pandemiejahre – einerseits wenig an den strukturellen Anfälligkeiten der deutschen Gesellschaft getan hat: ein kollektiver Vertrauensmangel hat sich verstetigt, es fehlt das Zutrauen in bessere Zukünfte, die Gesellschaft wirkt auf viele eher gespalten und vereinzelt als geeint. **Hinzu kommt aber andererseits die akute Krisenlage mit ihrer dringlichen Abstiegs- und Zukunftsangst, sowie ein massiv gesteigertes Ungerechtigkeitsempfinden.** Dieses Bedrohungsmotiv macht die derzeitige Situation unserer Einschätzung nach anfälliger für Verwerfungen und überscharfe Konflikte, als es im Jahr 2019 der Fall war. Umso wichtiger ist es, dass sich alle relevanten Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Medien und Wirtschaft gezielt um eine Stärkung der gesellschaftlichen Substanz bemühen und ihre Rolle darin sehen.

**Raus aus dem
Krisentunnel:
Was wir jetzt im
gesellschaftlichen
Gespräch brauchen**

4

Die Preiskrise ist sehr real, in ihr geht es um viel Geld und viele Existenzen. Und gleichzeitig finden unter der Oberfläche weiterhin Vertrauensverluste in Demokratie, Mitmenschen und die gemeinsame Zukunft statt. Reden allein hilft deshalb nicht – und dennoch liegen genau im gesellschaftlichen Gespräch die allermeisten der Schlüssel, die es für anschließendes gesellschaftliches Handeln braucht. Es geht darum, unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven zu verstehen, um auf dieser Basis gestalterische Angebote zu machen und um eine bessere Zukunft zu werben. **Umso stärker die derzeitige gesellschaftliche Dynamik in Richtung Misstrauen, Resignation und Zynismus driftet, umso dringlicher braucht es neue Versuche, ein gesellschaftliches Gespräch mit Zukunftsorientierung in Gang zu bringen.** Dabei sind die verschiedensten gesellschaftlichen Akteure in der Pflicht, ihre Rollen mit Leben zu füllen:

- **Politikerinnen und Politiker** sollten sich ganz ausdrücklich als Anbieter von Zukunftsentwürfen verstehen. Sie dürfen die derzeitige Stimmung der Bevölkerung nicht als Schwarzmalerei abtun, sondern müssen insbesondere Gefühle der Ohnmacht und Ungerechtigkeit unbedingt aufgreifen und in Angebote der kollektiven Gestaltung übersetzen. **Es ist die Aufgabe von Politik, ein glaubhaftes Bild vom (nahen und fernerem) Morgen zu bieten, das Menschen Hoffnung macht.** Weder eine Politik des Kleinklein noch die potenziell überfordernde Rede von der großen „Transformation“ kommen bei misstrauischen Menschen an, wenn dahinter nicht starke und substanzielle Zukunftsbilder entlang breit geteilter Werte stehen. Das Bild vom guten Deutschland will gemalt werden, klar und deutlich – „Spiegelstriche“ reichen hier nicht. Was zum Beispiel sind die Gerechtigkeits-, die Modernitäts-, die Sicherheitsversprechen, die Politikerinnen ihrer Politik und ihrer Kommunikation erkennbar und glaubhaft einschreiben? Programmatische Arbeit und Vorstellungskraft sind gefragt.

Ein konkretes Beispiel könnte die Klimapolitik sein: In ihr geht es nicht nur darum, möglichst schnell umfassende Maßnahmen umzusetzen und auf ausreichende Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu hoffen – es geht um positives Gestalten: neuer Angebote und Infrastrukturen, neuer Gerechtigkeit, neuer gemeinsamer Besitzstände, auf die Menschen stolz sein können. Hat Deutschland zum Beispiel das Zeug zum verlässlichsten Bahnnetz der Welt? **Die Menschen wissen durchaus, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ihren Preis auch für das eigene Leben haben werden** (das sagen sie deutlich in unseren geschützten Fokusgruppen) – **sie wollen auf dem Weg dorthin aber auch attraktive Leitbilder - und das ist nicht zu viel verlangt.** In einer akuten sozialen Krise sind sie gleich doppelt nötig.

Dazu gehört auch, dass sich alle demokratischen Kräfte ausreichend konstruktiv verhalten und ihrerseits Gestaltungsentwürfe machen, um innerhalb des demokratischen Spektrums politische Alternativen aufzuzeigen. Kurzfristig mögen sich destruktive Strategien auszahlen, langfristig zahlt das ganze politische System, und zwar in Form ausbleibenden Bürgervertrauens.

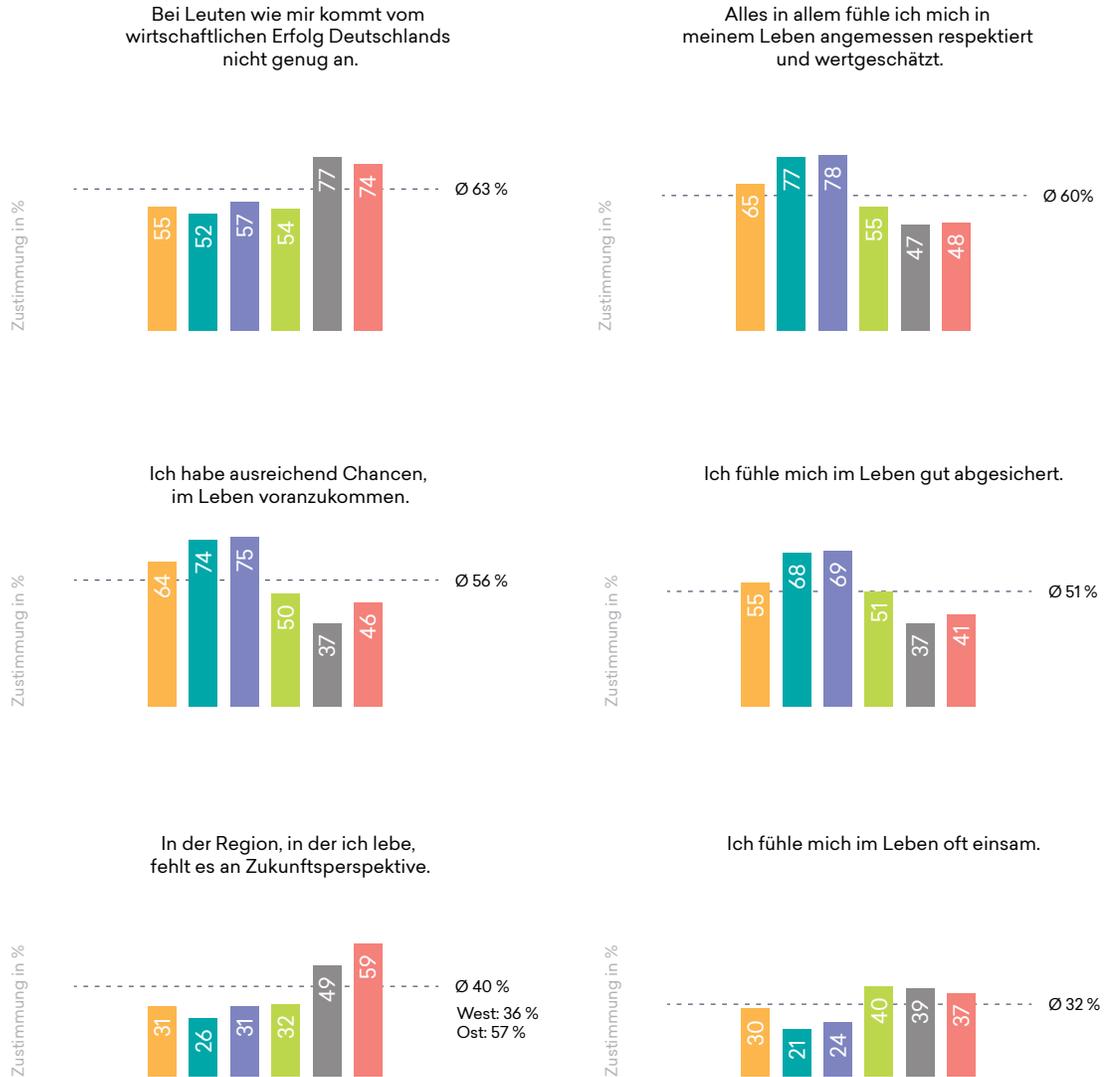
- **Medien** sind in der Führungsrolle, wenn es darum geht, die derzeitige kollektive Stimmungslage abzubilden und den unterschiedlichen Perspektiven Raum zu geben. Nur so können wir Vereinzelungsgefühle und das Gefühl des Nicht-Gesehen-Werdens bekämpfen. Es sollten in ihrer Berichterstattung bislang stumm gebliebene Menschen systematisch zu Wort kommen, die Lebenswelten insbesondere unterrepräsentierter Bevölkerungsteile (wie des Unsichtbaren Drittels) sichtbar gemacht, deren Bedarfe und Gestaltungsbedürfnisse so in den öffentlichen Debattenraum getragen werden. Dringende inhaltliche Ansatzpunkte in der Lebensrealität der Menschen gibt es reichlich (s. Diagramm 19).

Dieses Öffentlich-Machen von Perspektiven durch die Medien sollte nicht nur aus altruistischen Motiven geschehen, sondern auch, um dem enormen Vertrauensdefizit zu begegnen, mit dem viele Menschen zentralen Medieninstitutionen wie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem Journalismus im Allgemeinen gegenüber treten.

Diagramm 19

Soziale Lebensperspektive der Bürgerinnen und Bürger

● Die Offenen
 ● Die Involvierten
 ● Die Etablierten
 ● Die Pragmatischen
 ● Die Enttäuschten
 ● Die Wütenden
 --- Gesamt



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Quelle: More in Common (2023)

Zudem sollten Medien wohl überlegen, wie sie gesellschaftliche Debatte organisieren (z.B. in Talkformaten) und das Bild von Demokratie mitprägen.

Tragen ihre Formate zur konstruktiven Meinungsbildung bei, geben sie ausreichend Raum für Nuance, helfen sie beim Einordnen von Geschehen – oder befördern sie ihrerseits verkürzte Lesarten, überscharfe Auseinandersetzung, und manchmal vielleicht sogar das Gefühl, dass „alles nur Show“ ist? Überzeugende Arbeit in diesem Bereich ist wichtig, da alle unsere Daten derzeit anzeigen, wie ungenügend das gesellschaftliche Gespräch darüber abläuft, wo wir eigentlich als Land hinwollen. Es braucht auch in den Medien mehr Austauschformate, in denen echter Raum für das Entwickeln und Vergleichen von Gestaltungsangeboten geschaffen wird. Und zudem sollten auch Nachrichtenschaffende sich immer wieder fragen, welcher Logik sie bei der Berichterstattung über Politik in erster Linie folgen wollen: einer Darstellungsweise, die ihrerseits auf sensationelle Zuspitzungen und kurzfristige Aufmerksamkeit abstellt – oder einer, die Politik mit kritischer Geduld hinterfragt?

- **Die Wirtschaft** sollte sich bewusst sein, dass es auch sie betrifft, wenn der gesellschaftliche Frieden angeschlagen ist. Menschen leiden unter einem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, das sie als ungerecht wahrnehmen – und sie registrieren sehr genau, wenn für Großkonzerne andere Regeln gelten oder sich große Unternehmen an Krisensituationen bereichern. Unsere Forschung etwa zum Klimaschutz hat zudem gezeigt, dass die Menschen derzeit bei der Wirtschaft noch mehr Versäumnisse sehen als bei der Politik, wenn es um die Erreichung gesellschaftlicher Ziele geht.¹⁴ Umgekehrt spricht aus der notorischen deutschen Liebe zum „Mittelstand“ das Ideal eines Verantwortungsunternehmertums, das sich als festen Bestandteil und Stütze der Gesellschaft versteht.

Zudem noch ein Wort zur Rolle wirtschaftlicher Akteure für das Segment der Pragmatischen, dessen Ferne zu großen gesellschaftlichen Fragen wir in unserer Forschung immer wieder thematisieren: diese Menschen definieren sich im Vergleich stärker als andere über ihre wirtschaftliche Leistung, ihre Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten. Für sie, die in gesellschaftlichen Debatten oft keine ausreichende Vertretung haben bzw. keine Sprache finden, tragen Unternehmen eine besondere Verantwortung. Wollen Unternehmen mithelfen, die Stimme dieser Menschen im unsichtbaren Drittel zu einer lautereren zu machen?

- **Zivilgesellschaftliche Akteure** wie etwa NGOs oder Initiativen sollten jetzt in erster Linie einen kühlen Kopf bewahren. Ja, der Anstieg von Ohnmachtsgefühlen und Tendenzen zum politischen Rand bedrohen das Selbstverständnis ihrer Arbeit als bürgerschaftliche Ermöglicherinnen und Ermöglicher. Das Schlimmste wäre aber ein vorschneller, panischer Rückzug auf die vermeintliche „Basis“ (bestehend etwa aus optimistischen, engagementfreudigen Milieus). Stattdessen sollten sie jetzt erst recht Zeit und Geduld auf das genaue Verständnis neuer Gesprächspartner in der Bevölkerung verwenden. Was sind eigentlich die Bedürfnisse, Erlebnisse und Werte der Zielgruppen, die man noch nicht erreicht? Welche Gefühls- und Stimmungslagen sollte man berücksichtigen, damit ein bestimmtes Gesprächsangebot stimmig sein und ankommen kann? Gerade bei besonders misstrauischen Bevölkerungsgruppen geht es auch darum, Angebote mit der „richtigen Geschwindigkeit“ zu machen – und nicht vorschnell mit aktivistisch geprägten Formaten zu verschrecken. Hier geht es im ersten Schritt um

¹⁴ Vgl. unsere Studie „Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland“ aus dem Jahr 2021.

graduelle Beziehungs- und Vertrauensarbeit. In dieser Hinsicht können zivilgesellschaftliche Akteure unter Umständen von den erfahrensten in ihren eigenen Reihen lernen: den vielen sozialen und Freizeitakteuren, Vereinen und Einzelpersonen, die seit langer Zeit Gesellschaft vor Ort gestalten, Hilfe leisten und beharrlich Gemeinsamkeiten herstellen.

Und was ist eigentlich mit uns Bürgerinnen und Bürgern? Auch wir sollten uns auf ein Gespräch darüber einlassen, was wir als Einzelne für diese Gesellschaft – und damit unsere Mitmenschen – tun können. Das ist schwierig in Zeiten der Egoismus-Diagnosen, wo die meisten einander nicht viel Gemeinsinn zutrauen – aber genau deshalb wichtig. Wir könnten zum Beispiel damit anfangen, uns genau diese Vorbehalte gegenseitig einzugestehen. Vielleicht würde uns dann auffallen, dass wir ironischerweise ähnlich denken – und womöglich wäre genau das die Grundlage für einen neuen gesellschaftlichen „Deal“ des Miteinanders? Manchmal hilft es, die Dinge auszusprechen.

Aus der More in Common-Forschung wird ja schließlich deutlich, dass die allermeisten Menschen in Deutschland keine Lust auf exzessive Vereinzelung haben; sie wünschen sich (bei aller individuellen Freiheit) ein Mindestmaß an Rücksicht und gegenseitiger Hilfe und eine funktionierende Gesellschaft. In dieser Hinsicht sind Debatten um neue Formen des Engagements sowie des gemeinsamen Einsatzes bestimmt hilfreich, um unser aller Verhältnis zu unserer Gesellschaft neu zu beleben.



**More in
Common**